

Wissenschaftliches Zentrum
für Berufs-
und Hochschulforschung

Gesamthochschule Kassel



AP_WT1278

Helmut Winkler/ Ulrich Teichler

1 Vorüberlegungen zur Gründung des
Wissenschaftlichen Zentrums für
Berufs- und Hochschulforschung

Dezember 1978

Arbeitspapiere

**Arbeitspapiere des Wissenschaftlichen Zentrums für
Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthoch-
schule Kassel**

Nr. 1

Dezember 1978

Helmut Winkler/ Ulrich Teichler

1 Vorüberlegungen zur Gründung des
Wissenschaftlichen Zentrums für
Berufs- und Hochschulforschung

Dezember 1978

Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Gesamthochschule Kassel
Henschelstr. 2
3500 Kassel

Tel.: 0561/804 2415

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
A. H. Winkler	
Überlegungen zur Errichtung eines interdisziplinären wissenschaftlichen Zentrums für Hochschulforschung und Berufsfeldforschung (WZ I) an der Gesamthochschule Kassel (GhK)	5
Ein- und Abgrenzung von Forschungsschwerpunkten in der Hochschulforschung	5
1. Hochschulforschung	5
2. Problemstellungen	8
2.1 Subkategorien der Hochschulforschung	8
2.2 Zum Stand der Forschung in den einzelnen Bereichen	10
2.2.1 Regional- und Strukturforschung	10
2.2.2 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	12
2.2.3 Bildungsforschung, Berufsbildungsforschung	14
2.2.4 Berufsfeldforschung	17
2.2.5 Curriculumforschung	23
2.2.6 Bildungsverwaltungsforschung	24
2.2.7 Ressourcen- und Betriebsforschung	25
3. Schlußbemerkung	25
4. Literaturverzeichnis	26

B. Ulrich Teichler

Aufgaben der Berufs- und Hochschulforschung. Überlegungen anlässlich der Gründung des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung an der GhK	33
1. Eine neue Welle der Forschung über Hochschul- probleme	33
2. Zur Problematik der Berufsbezuges der Hochschule	35
3. Themenbereich des Wissenschaftlichen Zentrums	37
4. Besondere Akzente des Arbeitsprogramms	41
5. Das Wissenschaftliche Zentrum und die Gesamt- hochschule Kassel	46
6. Zum Aufbau und zur Organisation des Wissen- schaftlichen Zentrums	49
7. Schlußbemerkungen	51

Vorwort

Etwa fünf Jahre nach Aufnahme des Lehrbetriebes an der Gesamthochschule Kassel sah sich zu Anfang des Jahres 1976 der Gründungsbeirat veranlaßt, zur Vorbereitung des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung eine Arbeitsgruppe einzurichten. Der Bedarf für ein solches Zentrum ergab sich nahezu zwingend aus der noch jungen Geschichte der Gesamthochschule, deren äußere Bedingungen jedoch schon in dieser kurzen Zeit einem Wandel unterlagen. Zum einen drängte das Lehr- und Forschungskonzept dieser neuartigen Hochschule mit den integrierten Studiengängen von Anfang an zu einer Institutionalisierung der Erforschung wesentlicher Aspekte ihrer eigenen Problemlage, wohl am besten greifbar in der Polarisierung von Hochschule und Beruf mit ihren je spezifischen Autonomien, aber auch mit ihren wechselseitigen Abhängigkeiten. Zum anderen sah sich die noch junge Hochschule durch einen sich im Gefolge der ökonomischen Entwicklung schnell wandelnden Arbeitsmarkt bei gleichzeitig eintretender allgemeiner bildungspolitischer Ernüchterung zum verschärften Überdenken ihren Stellenwertes und ihrer Funktion im Hochschulgefüge vor allem im Interesse ihrer Studenten und Absolventen geradezu gezwungen.

In dieser Situation erarbeitete die Arbeitsgruppe innerhalb kurzer Zeit ein erstes Rahmenkonzept für das Forschungsprogramm. Das Papier von Helmut Winkler, das in diesem Heft abgedruckt wird, trug wesentlich zur Strukturierung der Diskussion bei und half ferner, das Symposium "Forschungsschwerpunkte in der Berufsfeld- und Hochschulforschung" (2./3. April 1976 Veröffentlichungen des Wissenschaftlichen Zentrums, Nr. 1) vorzubereiten. Der Beitrag von Ulrich Teichler aktualisiert diese Diskussion.

Als ehemaliger Sprecher der Arbeitsgruppe und Vorsitzender der Berufungskommission, der es gelungen ist, Ulrich Teichler als ersten geschäftsführenden Direktor für dieses Zentrum zu gewinnen, möchte ich mit diesem Arbeitspapier die beiden wichtigen, mit der jungen Geschichte des Wissenschaftlichen Zentrums eng verbundenen Beiträge einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Prof. Dr. A. Lipsmeier

H. Winkler

Kassel, im Februar 1976

Überlegungen zur Errichtung eines interdisziplinären wissenschaftlichen Zentrums für Hochschulforschung und Berufsfeldforschung (WZ I) an der Gesamthochschule Kassel (GhK)

DISKUSSIONSFASSUNG:

Ein- und Abgrenzung von Forschungsschwerpunkten in der Hochschulforschung

Vorbemerkung: Die folgenden Überlegungen sind aus dem Bedürfnis entstanden, für die Gründungszeit des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung zu einem begrenzten Bereich von Forschungsfragestellungen im Sinne eines ersten vorläufigen Forschungsprogramms zu kommen.

1. Hochschulforschung

Mit der Gründung der Gesamthochschule Kassel waren Zielvorstellungen der unterschiedlichsten Art verbunden. Viele der Zielvorstellungen gingen von der Hypothese aus, daß die Gesamthochschule von ihrer Organisation, ihren inhaltlichen Zielvorstellungen und ihrer Leistungswirksamkeit anderen Hochschuleinrichtungen überlegen sein würde.

Zwar wurde bildungspolitisch durchaus mit einer gewissen Plausibilität

- eine neue Form von Hochschule mit
- einem besonderen Anspruch der Vermittlung von Theorie und Praxis geschaffen, zum anderen wurden jedoch die dieser Maßnahme zugrundeliegenden Annahmen und Prämissen einer wissenschaftlichen Nachprüfung angesichts der eingetretenen Effekte noch nicht ausgesetzt.

Eine solche Untersuchung könnte wie der Versuch einer nachträglichen Rechtfertigung der Gründung oder des Gegenteils davon aussehen, wenn man tatsächlich isoliert nur die GhK

ins Auge faßt. Da sich jedoch die GhK weder von der Organisation noch von ihrer Aufgabe her als etwas schlechthin Besonderes darstellt, sondern wie alle anderen Hochschulen zur "Durchführung von Lehre und Forschung" verpflichtet ist, müßte sich jede wissenschaftliche Untersuchung der GhK zugleich als allgemeine Hochschulforschung verstehen. Wenn nämlich die GHS-Entwicklung notwendig war oder ist, stellt sie eine Herausforderung für die Sinnhaftigkeit der bisherigen Struktur des Hochschulwesens dar, ist doch mit ihr die Aussage verbunden, daß die GHS den Aufgaben der Hochschule heute besser entspricht als die in ihr zusammengeführten Vorläuferinstitutionen. Da weder anzunehmen ist, daß die GHS weiterhin allein mit bildungspolitischen Kernsprüchen begründet werden kann, noch daß das Selbstbewußtsein gestandener Institutionen wie der Universitäten durch das Vorhandensein einzelner Modell-GHS'n so nachhaltig angekratzt ist, daß dort starkes Interesse an der Erforschung der Hochschule, ihrer Zwecke, Funktionen, Strukturen und Leistungen entsteht, muß die GhK sowohl aus Eigeninteresse als auch aus Gründen wissenschaftlicher Redlichkeit Hochschulforschung zu einem (oder ihrem) Thema machen.

Daß dies Forschungsinteresse nicht irrelevant ist, läßt sich leicht nachweisen, besteht doch in einer Zeit sich verknappender Mittel für Bildungs- und Forschungsinvestitionen ein ökonomischer Legitimationszwang dazu. In Zeiten ökonomischen Wachstums konnte der Hochschulbereich fast ohne Nachweis der Sinnhaftigkeit seiner Funktion und Struktur damit rechnen, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die materiellen Beschränkungen, denen jetzt auch dieser Bereich unterworfen wird, erfordern unter anderem Begründungen für bislang unstrittige, weil vermutet wurde, es seien wissenschaftlich begründete, Strukturen und Bedingungen in der Hochschule.

Den Angehörigen des Hochschulbereichs erscheint dieser - ökonomisch bedingte - Legitimationszwang ein äußerlicher Druck zu sein, stellt er sich doch meistens als limitationaler Zwang zur Beschränkung heraus (Verknappung von Ressourcen, Straffung von Zeitbudgets, Verminderung des Handlungs- und Entscheidungsspielraums). Aber auch die Zumutungen, die - als inhaltliche Anforderungen - bezüglich der Ausgestaltung von Inhalten der Lehre, des Studiums oder gar der Forschungsprogramme von Seiten der "Abnehmer" an die Hochschulangehörigen herangetragen werden, werden von diesen als Eingriff in traditionelle Autonomiebezirke registriert.

Eine Haltung der Abwehr, der Resignation oder gar der Isolierung (als Überwinterungs-Strategie mit der Hoffnung auf bessere Zeiten) wäre diesen Anforderungen gegenüber nicht nur strategisch unklug, sondern unter dem Postulat der grundsätzlichen Offenheit des Wissenschaftsprozesses auch katastrophal für die Entwicklung des heutigen Wissenschaftsverständnisses.

Von daher muß dafür plädiert werden, daß sich die Hochschule zum Gegenstand ihres eigenen Forschungsinteresses macht, das die Wechselbeziehungen zwischen Hochschule und Gesellschaft analysiert. Dieses Forschungsinteresse läßt sich ableiten aus dem Bedürfnis, das Wechselverhältnis des gesellschaftlichen Teilbereichs Hochschule mit den die Hochschul umgebenden und beeinflussenden (aber auch finanzierenden) anderen Bereichen der Gesellschaft zu untersuchen, so etwa anhand der Fragestellungen, inwieweit die Hochschule gesellschaftliche Weiterentwicklung fördert (etwa im Sinne einer aktiven Qualifizierungsstrategie) oder inwieweit sie sich den jeweils geforderten Leistungen (etwa den Arbeitsmerkmaleordernissen) anzupassen bereit ist.

2. Problemstellungen

2.1 Subkategorien der Hochschulforschung

Es ist bereits jetzt abzuschätzen, daß das bisher weitgehend unbearbeitete Gebiet der Hochschulforschung kaum alleine und zur Gänze durch das WZ I bearbeitet werden kann. Auch besteht aus Gründen der Aufgabenüberschneidung mit bereits existierenden Forschungsinstitutionen die Notwendigkeit einer Ab- und Eingrenzung der Problemfelder. Ordnet man der Hochschulforschung (s. hierzu Bild 1) das Spektrum der bereits differenziert vorhandenen Forschungsrichtungen zu, die in diesen Problembereichen arbeiten, so ergibt sich außer einer hohen Interdisziplinarität auch noch der Eindruck sehr stark divergierender Forschungsinteressen; denn wenn:

- Regional- und Strukturforschung,
- Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
- Bildungsforschung, Berufsbildforschung,
- Berufsfeldforschung,
- Curriculumforschung,
- Bildungsverwaltungsforschung,
- Ressourcen- und Betriebsforschung und
- Hochschulbauforschung

zu den der Hochschulforschung in weiterem Sinne zuzuordnenden Bereichen zählen, ist davon auszugehen, daß trotz gleichen Gegenstandes die an der jeweiligen Einzeldisziplin orientierte Interessenlage durchschlägt. Insofern wird die Forschungsorganisation einerseits soweit wie möglich interdisziplinär anzulegen sein, andererseits soweit wie nötig arbeitsteilig strukturiert werden müssen.

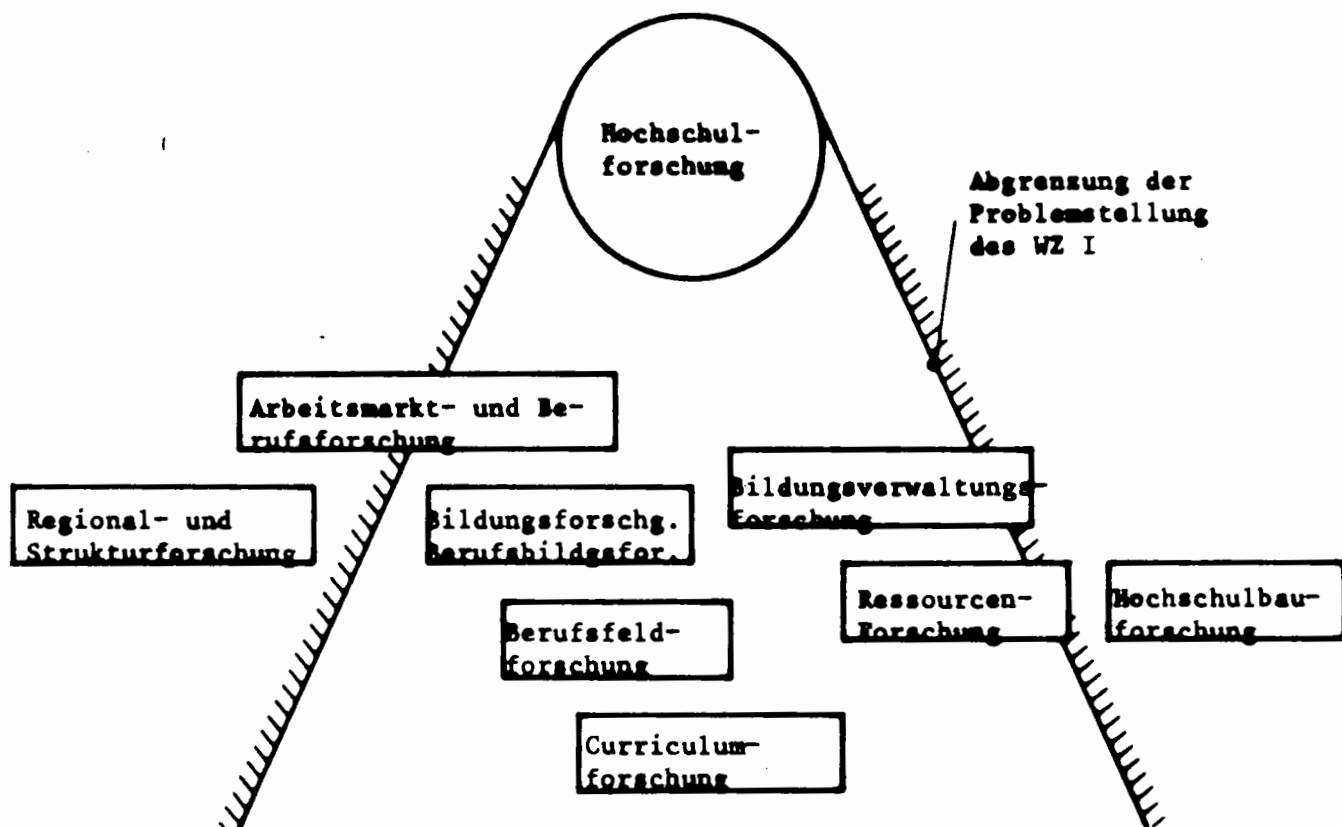


Bild 1: SPEKTRUM DER HOCHSCHULFORSCHUNG

2.2 Zum Stand der Forschung in den einzelnen Bereichen

2.2.1 Regional- und Strukturforschung

Sowohl die Einbettung von Bildungseinrichtungen in sozial-räumliche Strukturen, als auch die unter dem Gesichtspunkt der regionalen und strukturellen Ausgewogenheit des Bildungsangebots zu beleuchtenden Fragen des Standorts und der Standort-Verteilung von Bildungseinrichtungen sind Gegenstand bereits etablierter und auf fundierter Methodenbasis beruhender Forschungsaktivitäten. Hierzu zählen sowohl bildungs-geographische Untersuchungen (etwa Geipel, 1965) als auch regionalplanerische Studien (etwa Geißler, 1965) wie auch die raum- und stadtplanerischen Untersuchungen zu Hochschulstandorten (Geißler, Throll, Linde Linde/Aminde, Einsele u.a.) der neueren Zeit.

Überschneidungen mit Forschungsbereichen bildungsökonomischer Prägung ergeben sich aus dem ersteren Ansatz, wogegen raum- und stadtplanerische Ansätze sehr häufig verknüpft sind mit Fragen der Baustruktur von Bildungseinrichtungen.

Die Abdeckung vieler dieser Gebiete scheint durch entsprechende Forschungsinstitutionen hinreichend gesichert zu sein; es existieren folgende Institute:

- Institut für regionale Bildungsplanung, Arbeitsgruppe Standortforschung, an der TH Hannover;
- Schulbauinstitut, Berlin
- Zentralarchiv für Hochschulbau, Stuttgart; (SFB 63 aufgelöst).

Forschungslücken bestehen vor allem in den Bereichen, die eine Verknüpfung von Bildungsangebot und -nachfrage auf qualitativer Ebene zu eruieren trachten. Außer einigen Ansätzen gibt es nur wenige Untersuchungen zum qualitativen Bedarf in Bezug auf regionale, strukturelle und

sozialräumliche Bedingungen des Umfeldes der Hochschule.

Weiterhin dürfte eine Forschungslücke auf dem Gebiet der interinstitutionellen Zusammenarbeit von Planungsträgern bei der Errichtung und dem Betrieb von Hochschuleinrichtungen (und anderen Bildungseinrichtungen) konstatiert werden. (s. hierzu Denkschrift des Deutschen Städtetages 1971 in Regensburg).

Sowohl die Planungstheorie als auch die Betriebs- und Bedarfsplanung von Bildungseinrichtungen (s. 2.2.7.) bedürfte einer stärkeren Berücksichtigung in der Hochschulforschung. Auch die Figur des Plans als eine sich im staatlichen Verwaltungshandeln häufende Erscheinung wird bisher nur unzureichend, bloß im Hinblick auf Hochschulen als staatliche Einrichtungen und meist nur im Zusammenhang mit Rationalisierungs- und Effektivierungsstrategien der öffentlichen Verwaltung erforscht (Brinckmann).

Eine weitere Lücke im Forschungsspektrum, die meist nicht als solche empfunden wird, ergibt sich für den Bereich der Hochschulforschung unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungshilfe. Das Hochschulwesen in entwicklungsfähigen Ländern bedarf weiterhin einer Untersuchung durch die hochentwickelten Industrienationen. Ein der GhK angetragener Versuch "Bildungshilfe" (Flehsig) wurde bisher nicht weiter verfolgt, erster spärlicher Ansatz ist der Kurs "Hochschuldidaktik" in Witzenhausen. Hier ginge es darum, "regionale" Hochschulforschung in Regionen des außereuropäischen Raumes der Entwicklungsländer zu betreiben und Strategien zu entwickeln, wie diese Länder in den Wissenschaftsbereich integriert werden können, um sich mit eigener Kraft aus ihrer Rückständigkeit zu befreien. Die bisher geübte schlichte Übertragung (Infusion) von europäischen Hochschulkonzeptionen im Stil von Kolonial-Hochschulen kann

und darf nicht so weiter betrieben werden wie bisher. Ein "Bildungsimperialismus" würde weder die erhofften Folgen zeitigen, noch ist er in der Zeit eines erstarkenden Selbstbewußtseins der Rohstoffländer opportun.

2.2.2 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Bislang werden in der wissenschaftlichen, vor allem aber der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Diskussion beide Begriffe synonym gebraucht (Fenger, 1968). So wird bspw. in der Auswertung des öffentlichen hearings zum Berufsbildungsgesetz des Deutschen Bundestages (Greinert/Lipsmeier 1967) der undifferenzierte Gebrauch des Terminus "Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" kritisiert. Auch die Institutionalisation einer Forschungsstelle bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ("Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" der Bundesanstalt für Arbeit) hat zu dieser Vermischung der Termini beigetragen.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktfor- schung und der Berufsforschung sind jedoch leicht zu iden- tifizieren.

Liegt das Hauptinteresse der angewandten Arbeitsmarkt- forschung auf der langfristigen Prognose des globalen, sektoralen und qualifikationsspezifischen Arbeitskräfte- bedarfs, so ist der Ansatz und das Interessenspektrum der Berufsforschung etwas vielfältiger. Im ersten (auch historisch ersten) Ansatz gewann der Forschungsgegenstand "Beruf" im Hinblick auf Beratung, Aufklärung und Normierung der Berufsbildung die stärkste Bedeutung, als systemati- siertere Form einer wissenschaftlichen "Berufskunde" wurde dieser Ansatz weiterentwickelt (Molle, 1968).

Der Versuch, diese allgemeine Berufskunde durch umfassende interdisziplinäre Berufsforschung auf eine höhere Ebene zu transponieren und somit eine eher universalistische "Berufswissenschaft" zu etablieren (Krause, 1969), wurde allenfalls auf dem Spezialgebiet "Berufsbildungsforschung", wenigstens im Ansatz, eingelöst. Der rasche Wechsel bildungspolitischer Prioritäten ("Umthematizierung") zugunsten eines Vorrangs der beruflichen Bildung hat diese Entwicklung noch unterstützt, die Institutionalisierung in Form des "Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung in Berlin (BBF)" im Jahre 1971 stellt hier gleichzeitig den Beginn einer neuen Forschungsrichtung dar. Allerdings muß angemerkt werden, daß sich die hohen Erwartungen, die sich mit der Gründung dieses Instituts verbanden, nicht oder zumindest nicht zur Gänze erfüllt haben; die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse haben eher neue Fragestellungen generiert denn Lösungsmöglichkeiten im Sinne einer Integrationswissenschaft für berufshistorische, -soziologische, -psychologische, -pädagogische, -medizinische und -statistische Fragen angeboten. Es kann konstatiert werden, daß sowohl der Ansatz des Nürnberger Instituts, der mit "arbeitsmarktorientiert" charakterisiert werden kann, als auch der Ansatz des BBF Berlin, der vor allem der beruflichen Bildung für nicht-akademische Berufe gewidmet ist, für die qualitative Berufsforschung akademischer Berufe zunächst unfruchtbar blieb.

Es mangelt auch nicht an Forschungsanstrengungen und -arbeiten auf dem Gebiet der Bedarfsprognosen, was allerdings mehr dem bildungsökonomischen Interesse nach Bildungsforschung zu schulden ist und allzu häufig aus dem Bedürfnis nach wissenschaftlicher Politikberatung

(Offe, 1975) entsteht. (s. hierzu 2.2.3)

Als Forschungslücken müssen konstatiert werden:

- Sowohl das Festhalten am klassischen Berufsbegriff wird der Entwicklung der Berufsstruktur, vor allem im Bereich hochqualifizierter Arbeitskräfte (HQA), d.h. bei den akademischen Berufen, nicht mehr gerecht. (Wandel der Berufsstruktur - statische Berufsauffassung).
- In der Entwicklung von Vorstellungen über die Qualifikationsstruktur von HQA ist außer der Formulierung von Phänomenen wie "Qualifikationsparadoxen" (Koneffke u.a.), Substitutionselastizitäten, "vintage"-Faktoren (Mertens), sedimentierende Penetration (Fenger) noch kein umfassender Ansatz entwickelt worden, der zu einer Qualifikationsforschung der HQA hätte führen können.

Einige Arbeiten des Instituts für Sozialforschung München (Lutz/Kammerer/Krings u.a., 1971) haben diese Problematik bereits erkannt und auch erste Ansätze geliefert; systematisch und institutionell zum Forschungsgegenstand geworden sind Qualifikationsstrukturuntersuchungen für HQA bisher nicht.

2.2.3 Bildungsforschung, Berufsbildungsforschung

Als Bildungsforschung allgemein soll hier jede Forschung verstanden werden, die sich mit Bildungseinrichtungen, -prozessen und -bedingungen sowie den Wechselwirkungen zwischen Ausbildungsstand und wissenschaftlich-technologischem (auch wirtschaftlichem) Niveau der Produktion befaßt.

Einbegriffen, wenn auch mit dem besonderen Status des bildungspolitisch "heißen" Themas ausgezeichnet, ist die Berufsbildungsforschung, deren spezielle Ausformungen trotz

des als ausgestandenen geltenden Widerspruches zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung noch immer erkennbar bleiben.

Ein besonderer Zweig der Bildungsforschung versucht, die zukünftige Größenordnung der Bildungseinrichtungen quantitativ zu ermitteln und damit die Basisdaten für politische Entscheidungsprozesse über Bildungsinvestitionen zu geben. Diese bildungsökonomische Manpower-Forschung wird auf bildungspolitischer Ebene kontrastiert von einem eher grundrechtlich motivierten "social-demand-approach" (Dahrendorf, 1968). Mit Verstärkung der Effektivierungs- und Rationalisierungstendenzen in der Bildungsplanung (Indikatoren dafür sind etwa die Zunahme der Beratungsinstitutionen wie Bildungsrat, Wissenschaftsrat, WRK, Verwaltungsausschuß für die Förderung der Großforschung in MPG und DFG, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung; Planungsausschuß für den Hochschulbau nach dem HSch Bau Fö Gesetz) und mit der Zunahme der Bildungsplanungskompetenzen für den Bund (etwa durch Einfügung von Art. 91 a + b ins GG) und somit zunehmendem Bedarf an wissenschaftlicher Politik- und Planungsberatung entstand eine größere Anzahl von Studien und Forschungsarbeiten insbesondere zum Hochschulbereich, der bislang wenig erforscht war. Früheste Studien waren bereits in einzelnen Bundesländern (Widmaier für Baden-Württemberg 1966) oder für die KMK erstellt worden (Oehler 1966).

Im internationalen Bereich hatte sich zudem die vergleichende Bildungsforschung etabliert (Bombach, aber auch Edding und Riese I), deren Grundannahmen, daß höhere Bildungsinvestitionen gewöhnlich zu ökonomisch vorteilhaften Effekten führen müßten, zunächst wohl auch empirisch gestützt wurden, heute jedoch zunehmend in Frage gestellt werden (Kröber-Keneth und Schlaffke, 1972: "Akademiker-Portletariat"). Dieses und die

Serie der vom BMBW in Auftrag gegebenen Bedarfsstudien (Alex/Krelle/Fleck/Quinke u.a.) sowie die nachfolgende HIS-Studie (Heindlmeyer/Heine/Möbus/Riese, 1973) und die Batelle-Untersuchung 1975 spiegeln in der Bandbreite ihrer Aussagen den geringen Prognosewert solcher Forschungsergebnisse für Maßnahmen der Bildungsplanung wider. (Tatsächlich wurden die Daten nie als feste Richtlinien für Planungen verwendet).

Neuerdings wird von der staatlichen Planung nun vielmehr der Absorptionsansatz der Manpower-Gruppe in MPI für Bildungsforschung (Armbruster/Bodenhöfer/Hartung/Nuthmann/Winterhager: "Expansion und Innovation" 1970) präferiert, der zusammen mit dem Dezisionismus eines verkürzten social-demand-approach nunmehr mit Prozent-Anteilen von Altersjahrgängen als Planungsgrundlage arbeitet (bspw. 25% des Altersjahrganges als Basisdaten für den Ausbau des Hochschulbereichs im Bildungsgesamtplan).

Die Rücknahme des Anspruchs der quantitativen Bildungsforschung und ihre Beschränkung auf Bereiche wie Lehrerbildung (etwa in der Heidelberger Gruppe von C.C. Weizsäcker) oder die Konzeption der regional ausgewogenen Verteilung (etwa jetzt der WR-Empfehlung "Regionale und fachliche Strukturierung des weiteren Ausbauprogramms für die Hochschulen", 1975) lassen diesen Bereich der Bildungsforschung als künftig nicht mehr ausbaufähig erscheinen. Eine Intensivierung der Bemühungen jedoch, statt der Hinweise auf quantitative Ausbauziele eine Prognose qualitativer Art zustandezubringen, dürfte wesentlich erfolgversprechender sein. Von daher wäre die Leistungsfähigkeit der bisher entwickelten Methoden, die zweifelsohne einen hohen Stand erreicht haben, daraufhin zu überprüfen, ob sie um die Dimension der Ermittlung des qualitativen Bedarfs unter Berücksichtigung bspw. der Prognose zukünftiger

Technologien und Organisationsformen angereichert werden könnten. Damit wäre zugleich der Anschluß hergestellt zu einer der jüngsten Disziplinen der Hochschulforschung, nämlich der Berufsfeldforschung.

2.2.4 Berufsfeldforschung

Dem Versuch, die inhaltlichen Entscheidungen für Ausbildungsprozesse im Hochschulbereich auf eine systematische und folgenreiche Weise an den tatsächlich ausgeübten Berufsfunktionen und den dabei mobilisierten Qualifikationselementen zu orientieren, stellen sich nicht nur methodische Schwierigkeiten in den Weg.

In der bildungstheoretischen Diskussion ist die Frage nach dem inneren Zusammenhang zwischen Ausbildungszielen und Anforderungen der beruflichen Praxis als neuralgischer Punkt erkannt worden und bildet auch den Ansatzpunkt für immer neue Anstrengungen, das Bildungs- und Beschäftigungssystem in einem Forschungshorizont zu sehen.

Seit Robinsohns Postulat, daß sich als ein Konstituens für (schulische) Curricula die Analyse der Situation neben die "structure of the disziplin"(der Arbeit z.B.) stellen ließe. (Robinsohn/Knab u.a.), ist die Diskussion hierüber nicht abgerissen.

Die unmittelbar praktischen Versuche der Konstruktion hochschulischer Curricula, die von Hesse/Manz (1974) für möglich gehalten wurden, haben jedoch von Anfang an die Unzulänglichkeit der dort bisher vorliegenden Instrumente und Erkenntnisse offenbart. Daran ändern auch die raschen Fortschritte nichts, die die Qualifikations- und Berufsfeldforschung in den letzten zwei Jahren gemacht hat.

In Anbetracht des nahezu vollständigen Fehlens methodischer Verfahren sowie materialer Erkenntnisse mit empirisch nachprüfbarer Aussagekraft muß es verwundern, daß die Forderung nach "konsequenter Orientierung aller Hochschulausbildung an den Erfordernissen der Berufspraxis ihrer Absolventen" (Fenger) zu einem bislang relativ wenig angefochtenen Postulat in der bildungstheoretischen und bildungspolitischen Diskussion gehörte. Selbst der Versuch, die Genesis dieser Forderung aufzuklären, was angesichts der defizitären Forschungslage notwendig wäre, führt in das Dunkel einer weitgehend begründungslosen und vagen Aussagevielfalt über Expansion, Innovation, Penetration und Wandel des Beschäftigungssystems, den es zu berücksichtigen gälte. Auch fehlen weitgehend systematische Untersuchungen zu den materialen Änderungsprozessen beruflicher Arbeit, die zu Veränderungen in den Anforderungen an die Qualifikationen des HQA führen müßten. Das Dunkel wird umso größer, je weniger der Zusammenhang der Tätigkeit mit der Erstellung von Produkten erkennbar ist, so daß besonders für heuristische, planende und dispositive Berufstätigkeiten Aussagelosigkeit in Bezug auf Qualifikationsanforderungen konstatiert werden muß.

Wenig hilfreich scheint hier auch ein Ansatz systemtheoretischer Provenienz (etwa Jensen, 1974) zu sein, der die Problematik durch Abtrennung des Bildungssystems vom Beschäftigungssystem im arbeitsteiligen Vorgehen von Hochschuldidaktik und Industrie- und Betriebssoziologie zu lösen trachtet. Anhänger einer "Entkoppelungsthese" (E. Becker, 1975) finden sich aber auch aus anderen Gründen:

- Einerseits wird von den Fachwissenschaften darauf bestanden, daß Ausbildung und Beruf voneinander zu trennen seien, damit der allgemeine und grundlegende Charakter

wissenschaftlicher Ausbildung - auch unter dem Gesichtspunkt beruflicher Mobilität und Flexibilität - erhalten bleibe. In einer solchen Konzeption (wie sie z.Zt. etwa auch in der WRK vertreten wird, s. Vorlage zum WRK-Plenum am 17.2.76) kann Berufsfeldforschung, die auf berufsbezogene Curricula hin angelegt wäre, nur dem Verdacht auf Verengung der Einsetzbarkeit ausgesetzt werden.

- Zugleich hat sich Berufsfeldforschung gegenüber einer Position zu behaupten, die dem Interesse am Berufsfeldbezug wissenschaftlicher Ausbildung antizipatorische Parteilichkeit im Hinblick auf die Anforderungen der Abnehmer vorwirft.

In beiden Fällen führt der Einwand dazu, daß bescheidene Ansätze zur Berufsfeldforschung, wo immer sie existieren, sich außer den sich ihr stellenden inhaltlichen und methodischen Problemen auch unter besonderem Begründungszwang stehen.

Wovon nun könnte eine Berufsfeldforschung als gesichertem Bestand ausgehen?

Systematisch wäre zunächst zu berücksichtigen, was sowohl der traditionelle Manpower-Ansatz (Robbins/Bombach/Widmaier/Riese I/Edding/Weizsäcker C.C. u.a.) als auch der modifizierte Manpower-Ansatz (Hegelheimer/Mertens/Armbruster/Winterhager/Riese II u.a.) an Erkenntnissen und Methoden hervorgebracht haben. Unzureichend bleibt der traditionelle Manpower-Ansatz nicht allein wegen der bereits überzeugend kritisierten unhaltbaren Annahmen, die in ihn eingehen (Limitationalitätsannahme), sondern vor allem wegen des statischen Berufsbegriffs, der gerade dann nicht mehr unterstellt werden kann, wenn es um die Erfassung der Veränderungen in den Anforderungen an HQA geht.

Der vom modifizierten Manpower-Ansatz vorgenommene Versuch, diesen starren Berufsbegriff zugunsten eines quantitativen und qualitativen Bedarfskorridors aufzulösen, (Hegelheimer/Mertens/Riese II), der durch Annahme von Substitutionselastizitäten oder Integrations- und Absorptionsleistungen gebildet wird, führt zwar methodisch zu besseren Ergebnissen, kann aber Aussagen zur Determinierung von Qualifikationsanforderungen aufgrund des Wandels in der Beschäftigungsstruktur, also den auslösenden Faktoren für inhaltliche, qualitative Anforderungsverschiebungen, prinzipiell nicht hervorbringen.

Einmal fehlt der Integrationsrahmen zur Deutung und Prognose stofflicher Änderungen des Arbeitsprozesses, zum zweiten sind seine Aussagen für langfristige - und im Bereich der Bildung muß mit längeren Zeiträumen gerechnet werden - Perioden unscharf.

Wichtigstes Ergebnis jedoch - und hierin liegt der eigentliche Fortschritt des Manpower-approach - bleibt die Erkenntnis, daß bei der Erhebung von Qualifikationsanforderungen an HQA nicht von ausbildungsspezifischen Qualifikationen, wie sie etwa durch Zeugnisse, Diplome oder Zertifikate bescheinigt werden, auszugehen ist, sondern von den bei der Erledigung von Arbeiten mobilisierten Qualifikationselementen (prozeßabhängig). Hervorragendes Beispiel sind hier die in weitgehend durchrationalisierten Unternehmen entwickelten analytischen Arbeitsplatzbewertungen, die eben gerade nicht von der Person, sondern von den zu vollbringenden sachlich-fachlichen Funktionen ausgehen.

Gleichzeitig ist von der These auszugehen, daß es einen theoretisch bestimmbaren (und praktisch vorfindlichen) Zusammenhang zwischen Beschäftigungs- und Bildungssystem

gibt. Hier soll nicht verkannt werden, daß für Analyse-Zwecke den Ansätzen eines politökonomischen Paradigmas die weitaus größte Erklärungskraft zugesprochen werden kann (etwa Altvater/Huisken/Ronge/Schmieg u.a.), andererseits bedarf es jedoch bei der Konstruktion des Zusammenhangs von Arbeitshandeln und Lernhandeln eines Forschungsansatzes, der es erlaubt, "Tätigkeitsmerkmale so zu formulieren, daß diese ohne Transformation ... unmittelbar als Lernziele gelten können, also selbst ein System von erwerbbaaren Qualifikationen - von speziellen kognitiven und sensumotorischen Festigkeiten bis hin zu 'prozeßunabhängigen' Merkmalen konstituieren" (Volpert, 1974).

Die o.a. Kritik am älteren Manpower-Ansatz wird zudem noch erhärtet durch die Konfrontation ihrer Ergebnisse mit denen der Arbeitswissenschaften und zwar jener ihrer Spielarten, die sich mit der Arbeitsplatzanalyse beschäftigen. Diese Verfahren verfügen nicht nur über zum Teil beträchtlich stärker entwickelte Kenntnisse der tätigkeits- und anforderungsrelevanten Mechanismen des Beschäftigungssystems, sondern sie sind darüberhinaus ansatzweise in der Lage, bestimmten Stufen des technisch-organisatorischen Fortschritts schon bestimmte Anforderungen gegenüberzustellen (etwa Industrial Engineering, Adamowsky, 1972). Erste theoretische Ansätze hierzu finden sich auch bei Lutz/Krings, die hieraus die Folgerung ableiten, daß die Untersuchung einzelner "Tätigkeitsfelder" zugunsten der Untersuchung der Tätigkeitsstrukturen in komplexen Systemen aufgegeben werden muß.

Die neueren Manpower-Ansätze, insbesondere der Absorptionsansatz des Teams im MPI für Bildungsforschung (Hartung/Nuthmann), bringen einen weiteren wichtigen und für die Berufsfeldforschung unverzichtbaren Gedanken weiter. Der traditionelle Manpower-Ansatz enthält implizit die

Aussage der "Subordination" des Bildungsbereichs unter das Beschäftigungssystem. Im gleichen Maße, in dem qualitative Fragen für die Berufsfeldforschung in den Vordergrund rücken sollen, müsse von einer relativen Autonomie des Bildungswesens ausgegangen werden. Wenn die Hochschule nicht zur Berufsschule verkümmern solle, müsse eine wenigstens teilweise Entkoppelung des Bildungssystems nicht nur konstituiert, sondern auch verteidigt werden. Eine bestimmte Autonomie der Hochschule als notwendige Institution jeder Gesellschaft, die "nicht verdummen will", dieses Recht wird den Hochschulen als "zugleich staatlichen Einrichtungen" auch deshalb zugestanden, weil nur so die langfristige Daseinsvorsorge auch im Qualifikationssystem sichergestellt werden kann.

Diese Voraussetzung einer relativen Autonomie des Bildungswesens zusammen mit der Forderung, der Struktur wissenschaftlicher Disziplinen den Vorrang bei der Konstruktion von Qualifikationsprofilen für HQA zu geben (s.o.: "Entkoppelungsthese"), mag erklären, weshalb dieser Ansatz empirischen Untersuchungen von Berufsfeldern häufig so geringen Stellenwert zumißt. Trotzdem - oder gerade deshalb - muß jedoch dieser Forderung entgegengetreten werden, impliziert sie doch einen Vorrang "stofflicher" Qualifikationen vor "gesellschaftlichen", obwohl empirische Befunde die immer ausgeprägtere Dominanz affektiver Qualifikationen bei HQA belegen und auch kaum mehr bestritten werden (etwa Offe, Gintis, Baethge, Dahrendorf u.a.). Zudem muß davon ausgegangen werden, daß der Arbeitsmarkt letztlich doch das Regulativ bleibt, dem sich das Qualifikationssystem nicht ganz entziehen kann, eine Ausbildung in 'splendid isolation' erbrächte daher ähnliche Folgen wie eine totale Unterordnung unter kurzfristige Verwertungszwänge.

Daher erweist es sich als Forderung für ein Forschungsprogramm der Berufsfeldforschung, eine Klärung des Konstitutionszusammenhanges veränderlicher Anforderungen an hochqualifizierte Arbeitskräfte zu entwickeln, so daß Verfahren empirischer Erhebung von Anforderungskomplexen abgeleitet, entworfen und durchgeführt werden können. Hierzu zählt auch die Analyse und Kritik sowie die Weiterentwicklung bestehender Ansätze (VDI-Studie, Brinkmann-Untersuchung NRW; IAB, Mertens u.a.).

2.2.5 Curriculumforschung

In den allgemeinen Erziehungswissenschaften hat die Beschäftigung mit Lehrplänen in der Variante "Curriculum" eine jähe Renaissance erlebt, als die amerikanische Diskussion hierzu auch nach Deutschland übergriff (Doris Knab, 1971).

Allen Diskussionen ist jedoch eines gemeinsam, im Vordergrund allen Bemühens standen Schul-Curricula. Außer der Hoffnung der Übertragbarkeit ihrer Modelle, Methoden und Erkenntnisse auf den Hochschulbereich (Hesse/Manz) ist eine systematische Curriculum-Forschung für Hochschulcurricula nicht in Gang gekommen. Die anlässlich der Einleitung von Reformen jeweils notwendigen Curriculum-Diskussionen ebbten immer dann ab, wenn ihr Produkt als Studienordnung, Prüfungsordnung oder Stundenplan vorliegt; von da an geht das Interesse an einer Revision, Evaluation oder Validierung tendenziell gegen Null.

Selbst im Bereich der Lehrerausbildung scheint eine über Fragen der Lehrerfortbildung hinausgehende Forschungsarbeit rar. Die wenigen bekannten Untersuchungen jedoch, etwa die beiden Konstanzer Forschungsberichte (Cloetta: "Konstanzer Wanne", sowie "Protestantischer Volksschullehrer")

zur Dauerhaftigkeit von Sozialisationseffekten der Lehrerausbildung, weisen schon darauf hin, wie nötig solche Untersuchungen wären.

Hier wäre eine große Forschungslücke zu konstatieren. Dem Einwand, diese Lücke könne doch durch die Arbeiten der vielen hochschuldidaktischen Institute geschlossen werden, kann nur mit der Feststellung begegnet werden, daß Hochschuldidaktik als "Erforschung der Sozialisationsprozesse im System Hochschule" erst noch entwickelt werden müßte. Bisher versucht sich die Elite der Hochschuldidaktik noch an Konzepten wie "Handlungsspielräumen", "Innovationsstrategien", "Lernzieldebatten", ihre Kampf- und Aufbruchpositionen noch nicht verlassend. Medienwirkungsforschung könnte hier auch als ein unterentwickelter Bereich angeführt werden.

2.2.6 Bildungsverwaltungsforschung

Abgesehen von dem funktionalen Zweck und dem strukturellen Aufbau des Bildungssystems wird die Erfüllung der Aufgaben des Bildungssystems sehr stark durch seine formelle und informelle Organisation determiniert. Die klassischen Ansätze der Bürokratieforschung (Max Weber/Blau/Scott u.a.) und der Verwaltungsforschung sind nur in ganz wenigen Studien weiterentwickelt worden.

Fürstenaus vielzitiertes Aufsatz (P.Fürstenaus "Neue Entwicklungen der Bürokratieforschung und das Schulwesen", 1967) über den Zusammenhang der Lehrerausbildung mit der Organisation der Schule ist ein Beispiel dafür, welcher großer Einfluß diesem Wechselverhältnis zukommt. Im Vergleich zum möglichen Erkenntnisgewinn über die Leistung der Hochschulen für die Gesellschaft muß auch hier die Forschungslage im Bereich des Hochschulwesens zunächst als

defizitär angesehen werden.

2.2.7 Ressourcen- und Betriebsforschung

Dieser Bereich steht im engen Zusammenhang mit der Bildungsverwaltungsforschung und dem Bereich Hochschulbau-
forschung. Letzterer sollte allerdings nicht zum Forschungsprogramm des WZ I gehören, da eine weitere Expansion des Hochschulwesens unwahrscheinlich ist (dies deutet sich bspw. auch durch die Auflösung des SFB 63 in Stuttgart an; demnach kommt dieser Forschungsrichtung nun nicht mehr die Bedeutung zu wie in der Anfangsphase 1965 bis 1975.)

Gleichwohl bedürfte der Bereich der Ressourcen- und Betriebsforschung des "Großbetriebs Hochschule" einer näheren Betrachtung, die hier nicht geleistet werden soll; in weiteren Phasen der Entwicklung des Forschungsprogrammes des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufsfeld- und Hochschul-
forschung sollte dies jedoch weitergeführt werden.

3. Schlußbemerkung

Die vorstehend gemachten Ausführungen sollen Anreiz für die weitere Diskussion über ein Forschungsprogramm in der Arbeitsgruppe Wiss. Zentrum für Berufsfeld- und Hochschul-
forschung sein. Sie erheben keinen Anspruch auf vollständige Schilderung des jeweiligen Forschungsstandes, im Vordergrund stand das Bemühen um die Beschreibung von Problemen und Gegenstandsbereichen, an denen die Forschungs-
arbeit ansetzen könnte.

Bei der Auswahl von Forschungsthemen werden neben inhaltlichen Kriterien sicher auch Ressourcenfragen (materielle und personelle) des Wissenschaftlichen Zentrums eine Rolle spielen.

4. Literaturverzeichnis

- Adamowsky, S.: "Organisation wirtschaftlicher Systeme".
In: Engel, Karl H. (Hrsg.): Handbuch der neuen Techniken des Industrial Engineering. München: Verlag Moderne Industrie, 1972, S. 221-274.
- Alex, Lazlo u.a.: Angebot und Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, 1972. (Schriftenreihe Hochschule, 8)
- Altvater, Elmar und Freerk Huisken (Hrsg): Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen: Politladen, 1971.
- Aminde, Hans-Joachim: "Zusammenhang von Hochschulplanung mit Stadt- und Regionalplanung". In: Linde, Horst (Hrsg.): Hochschulplanung: Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Düsseldorf: Werner Verlag, 1971, Bd.4, S. 14-20.
- Aminde, Hans-Joachim u.a.: Hochschul- und Stadtentwicklung in Kassel: Planungsgutachten zu den Mikrostandorten einer Gesamthochschule und Landschaftsgutachten im Auftrag der Hessischen Landesregierung. Stuttgart: Ritter-Drucke, 1974.
- Aminde, Hans-Joachim u.a.: Mikrostandorte für eine Gesamthochschule in Osnabrück im Rahmen der Stadtentwicklung. Hrsg.: Zentralarchiv für Hochschulbau. Stuttgart: Tebner, 1974.
- Baethge, Martin: Ausbildung und Herrschaft: Unternehmerinteresse in der Bildungspolitik. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 1970. (Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts, Göttingen)

- Batelle Institut e.V. (Hrsg.): Hochschulabsolventen im Beruf : Bedarf und Angebot an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990. Köln: 1975. (Materialien zur Bildungsplanung)
- Blau, Peter M.: "Die Dynamik bürokratischer Strukturen".
In: Mayntz, Renate (Hrsg.): Bürokratische Organisation. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1971, S. 310-323. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 27)
- Becker, Egon: "Probleme einer Berufsorientierung des Hochschulstudiums". In: Faltn, Günter und Otto Herz (Hrsg.): Berufsforschung und Hochschuldidaktik I. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1974, S. 26-77. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, 32)
- Bombach, Gottfried: " Die Vorausschätzung des langfristigen Bedarfs und der langfristigen Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften in Beziehung zum Wirtschaftswachstum". In: Straumann, Peter R. (Hrsg.): Neue Konzepte der Bildungsplanung. Reinbek: Rowohlt, 1974, S. 125-175. (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, 369)
- Brinckmann, Hans u.a.: Verwaltungsautomation: Thesen über Auswirkungen automatischer Datenverarbeitung auf Binnenstruktur und Aussenbeziehungen der öffentlichen Verwaltung. Darmstadt: Siegfried Toeche-Mittler Verlag, 1974. (Beiträge zur juristischen Informatik, 2)
- Brinkmann, Gerhard und Wolfgang Rippe: Qualität des Bedarfs an Führungskräften der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens bis zum Jahre 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1972. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalens, 2233)
- Cloetta, Bernhard: Einstellungsveränderung durch die Hochschule: Konservatismus-Machiavellismus-Demokratisierung. Stuttgart: Klett Verlag, 1975

- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht: Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg: Christian Wegner Verlag, 1968.
- Edding, Friedrich: Ökonomie des Bildungswesens: Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg i. Br.: Rombach Verlag, 1963.
- Einsele, Martin u.a.: Überlegungen zur Standortwahl-Integrierte Gesamthochschule Westliches Ruhrgebiet. Gladbeck-Essen: Repro-Zentrale, o.J.
- Fenger, Herbert: "Arbeitsmarktforschung-Berufsforschung-Bildungsforschung: Versuch zur Bestimmung von Schwerpunkten, Abgrenzungen und Überschneidungsbereichen". Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1,1 S. 327-337.
- Fenger, Herbert: "Curriculare Konsequenzen aus Berufsanalysen: einige Thesen". In: Faltin, Günter und Otto Herz (Hrsg.): Berufsforschung und Hochschuldidaktik I. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1974, S. 115-121. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, 32)
- Fürstenau, Peter: "Neuere Entwicklung der Bürokratieforschung und das Schulwesen". Neue Sammlung 7, 1967, S. 511 ff.
- Geipel, Robert: Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens: Studien zur Bildungsökonomie und zur Frage der gymnasialen Standorte in Hessen. Frankfurt: Diesterweg, 1965.
- Geißler, Clemens u.a.: Hochschulstandort; Hochschulbesuch. Hannover: Gebr. Jänecke, 1965. (Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, 1)

- Gintis, Herbert: "Education, Technology and the Characteristics of Worker Productivity". American Economic Review, vol. 61, 1971, S. 266-279.
- Hartung, Dirk/ Reinhard Nuthmann und Wolfgang Dietrich Winterhager: Politologen im Beruf: Zur Aufnahme und Durchsetzung neuer Qualifikationen im Beschäftigungssystem. Stuttgart: Klett Verlag, 1970. (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung)
- Hartung, Dirk und Reinhard Nuthmann: "Zur Problematik eines methodischen Ansatzes der 'Ein- und Abgrenzung von Tätigkeitsfeldern'". In: Hartung, Dirk/Wolfgang Neef/Reinhard Nuthmann (Hrsg.): Tätigkeitsfeld und Praxisbezug. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1974, S. 1-16. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, 34)
- Hegelheimer, Armin: Bildungs- und Arbeitskräfteplanung. München: Hanser, 1970. (Technischer Fortschritt und struktureller Wandel)
- Hesse, Hans Albrecht und Wolfgang Manz: Einführung in die Curriculum-Forschung. Stuttgart: Kohlhammer, 1974.
- Hilmer, Holger/ Rolf Wolfgang Peters und Martin Polke: Studium, Beruf und Qualifikation der Ingenieure: Empirische Analyse zur tätigkeitsorientierten Ingenieurausbildung. Düsseldorf: VDI-Verlag, 1976.
- Jensen, Stefan: Bildungsplanung als Systemtheorie. Bielefeld: Bertelsmann, 1970. (Wissenschaftstheorie, Wissenschaftspolitik, Wissenschaftsgeschichte, 17)
- Knab, Doris: "Curriculumforschung und Lehrplanreform". Neue Sammlung 9 (1969) H. 2, S. 169-185.
- Knab, Doris: "Ansätze zur Curriculumforschung in der BRD". betrifft: erziehung 1971, S 15-28.

- Koneffke, Gernot: "Integration und Subversion - Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft". Das Argument 11 (1969) Nr. 54.
- Krause, Erwin: Neustrukturierung der beruflichen Bildung: Wege in die Zukunft. Berlin/Köln/Frankfurt: Beuth, 1969.
- Krelle, Wilhelm, Michael Fleck und Hermann Quinke: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen einer Ausweitung des Bildungssystems. Tübingen: J.C.B. Mohr, 1975,
- Kroeber-Keneth, L.: Zuviel Akademiker? Universität im Übergang. Heidelberg: Quelle & Meyer, 1970. (Herderbücherei, 448)
- Lipsmeier, Antonius und Wolf Greinert: Berufsausbildungsgesetz. Hearing 1967: eine Analyse und Auswertung. Köln: 1968. (Gewerkschaftliche Beiträge zu Fragen der beruflichen Bildung, Broschüre 12)
- Lutz, Burkart, Inge Krings und Jan Fleischer: Überlegungen zum Problem des "Bedarfs" an hochqualifizierten Arbeitskräften und seiner Prognose, Hannover: Hochschul-Informationssystem, 1970. (HIS-Brief, 10)
- Lutz, Burkart und Inge Krings: Überlegungen zur sozioökonomischen Rolle akademischer Qualifikation. München: 1971. (HIS-Brief, 18)
- Lutz, Burkart, Guido Kammerer und Christoph Nuber: Ingenieure im Produktionsprozeß: Zum Einfluß von Angebot und Bedarf des Maschinenbaus. Frankfurt: Athenäum, 1973. (Sozialwissenschaftliche Sonderreihe; Arbeiten des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung, München)
- Lutz, Burkart und Guido Kammerer: Das Ende des graduierten Ingenieurs? Nebenfolgen der Bildungsexpansion. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 1975, (Arbeiten des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, München)

- Mertens, Dieter: "Schlüsselqualifikationen: Überlegungen zu ihrer Identifizierung und Vermittlung im Erst- und Weiterbildungssystem". In: Faltn, Günter und Otto Herz (Hrsg.): Berufsforschung und Hochschuldidaktik, I. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1974, S. 204 - 230. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, 32)
- Molle, Fritz: Handbuch der Berufskunde. Köln: Carl Heymanns, 1968.
- Oehler, Christoph u.a.: Hochschulbesuch um 1980 - Berechnungsmodell. Bonn: Dokumentations- und Auskunftsdienst im Sekretariat der KMK, 1966. (Ms., hektographiert)
- Offe, Claus: "Bildungssystem, Beschäftigungssystem und Bildungspolitik: Ansätze zu einer gesamtgesellschaftlichen Funktionsbestimmung des Bildungssystems". In: Roth, Heinrich und Dagmar Friedrich (Hrsg.): Bildungsforschung: Probleme-Perspektiven-Prioritäten, T. 1, S. 215-252. Stuttgart: Klett Verlag, 1975. (Gutachten und Studien der Bildungskommission, 50)
- Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt: Suhrkamp, 1975. (edition suhrkamp, 549)
- Riese, Hajo: Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 1967. (Riese I)
- Riese, Hajo u.a.: Berufsausbildung und Hochschulbereich: eine quantitative Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Pullach bei München: Verlag Dokumentation, 1973. (Hochschulplanung, 13) (Riese II)
- Robbins Report on Higher Education. Report of the Committee under the Chairmanship of Lord Robbins. London: HMSO, 1963. Cmnd. 2154

- Robinsohn, Saul B.: Bildungsreform als Revision des Curriculum.
Neuwied: Luchterhand, 1972. (Aktuelle Pädagogik)
- Schlaffke, Winfried: Akademisches Proletariat? Osnabrück:
A. Fromm Verlag, 1972. (Texte, Thesen, 26)
- Scott, W.G.: "Organization Theory: an overview and appraisal".
Journal of the Academy of Management 4 (April 1961)
H. 1, S. 7 - 26.
- Throll, Manfred, Dieter Mützelburg und Klaus Plagemann:
Sozialwissenschaftliche Überlegungen zur Hochschulplanung.
Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut, 1970.
- Throll, Manfred: Verflechtung Universität-Stadt: Gutachten
zur Universitätsneugründung in Bremen. Göttingen:
Soziologisches Forschungsinstitut, o.J.
- Volpert, Walter: Handlungsstrukturanalyse als Beitrag zur
Qualifikationsforschung. Köln: Pahl-Rugenstein, 1974.
(Sport, Arbeit, Gesellschaft, 5)
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der ver-
stehenden Soziologie. Tübingen: J.C.B. Mohr, 1972.
- Weizsäcker, Carl Christian von u.a. Siehe Bände der Schriften-
reihe der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung,
Heidelberg. Weinheim: Beltz Verlag.
- Widmaier, Hans-Peter: Bildung und Wirtschaftswachstum.
Villingen: Neckar Verlag, 1966. (Bildung in neuer Sicht,
Reihe A, Nr. 3)
- Wissenschaftsrat: "Regionale und fachliche Strukturierung des
weiteren Ausbauprogramms für die Hochschulen". In:
Empfehlungen und Stellungnahmen 1975, S. 187-256.
Köln: 1976.

Aufgaben der Berufs- und Hochschul- forschung

Überlegungen anläßlich der Gründung des Wissenschaftlichen Zentrums
für Berufs- und Hochschulforschung an der GhK

1. EINE NEUE WELLE DER FORSCHUNG ÜBER HOCHSCHULPROBLEME ?

Noch vor wenig mehr als einem Jahrzehnt galt die Bemerkung als treffend, der deutsche Professor forsche über alles, nur über die Hochschule nicht. Man mag unterschiedliche Gründe dafür verantwortlich machen - den damals weitgehenden Konsens, daß die Universität "im Kern gesund" sei; das Verständnis, daß die Reflexion über Hochschulprobleme zu den ständigen Aufgaben der Hochschullehrer gehöre und keiner gesonderten Institutionalisierung bedürfe; oder schlicht das Fehlen von Studiengängen, die auf Planungs-, Verwaltungs-, Organisations- und Dienstleistungsaufgaben an Hochschulen vorbereiten. Retrospektiv jedenfalls wurde der Mangel an Hochschulforschung in der Bundesrepublik Deutschland einhellig festgestellt, als der Glaube an die "Gesundheit" der Hochschulen unterschiedlichen Formen der Besorgtheit und von Reformvorstellungen gewichen war.

In der Zwischenzeit haben die Bemühungen um wissenschaftliche Klärung von Hochschulfragen und um

wissenschaftlich angeleitete Aktivitäten zur Reform der Hochschule ein beachtliches Ausmaß erreicht. Diese mögen zwar für unzureichend erscheinen, wenn man vom Problemlösungsbedarf ausgeht oder etwa Vergleiche mit den USA anstellt: Dort gibt es an etwa 75 Hochschulen Abteilungen, die auf Hochschulfragen spezialisiert sind, und an noch mehr Hochschulen Einheiten für "institutional research" - in der Hochschulverwaltung angesiedelte und unmittelbar deren Entscheidungsbedürfnissen dienenden Studien zu Hochschulfragen. Dennoch ist heute kaum mehr die Ansicht berechtigt, daß in der Bundesrepublik Hochschulprobleme von der Forschung vernachlässigt worden seien.

Neben vielen verstreuten Themen und Trägern kann man zwei Schwerpunkte der Themenwahl und Institutionalisierung nennen, die sich in den ersten Ansätzen bereits vor 1970 entwickelten: Gestaltung des Studiums (inhaltlich und methodisch) sowie Planung, Organisation und Verwaltung der Hochschule. Zwar ergaben sich dabei große Unterschiede in der Form der Institutionali-

sierung: Ersterer Bereich wurde einheitlich in Form der Hochschuldidaktischen Zentren und dabei innerhalb der Hochschulen angesiedelt; letzterer Themenkreis wurde nach unterschiedlichen Aufgaben gegliedert und dabei zum Teil hochschulübergreifend institutionalisiert.

Ansonsten ist aber eine Fülle von Parallelen bemerkenswert: Aktuelles Problemlösungsbewußtsein löbte die Etablierung aus; Forschung und Entwicklung wurde zur unmittelbaren Aufgabe gestellt. Die Forschung litt unter der großen Diskrepanz zwischen den hohen Problemlösungserwartungen und dem geringen Stand wissenschaftlicher Vorleistungen. Ferner wurden diese Institutionen durch Einheiten ergänzt, die ausschließlich für eine - wissenschaftlich angeleitete - Implementation zuständig waren: Modellversuche u. ä. auf der einen Seite, Planungsgruppen u. ä. auf der anderen Seite. Schließlich erfuhren beide Bereiche nach einigen Jahren personelle und finanzielle Kürzungen.

Vergleicht man die hochschulpolitische Diskussion vor knapp einem Jahrzehnt mit der heutigen, so scheint heute die Frage nach dem Verhältnis von Studium und Beruf weitaus mehr Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen als damals die Fragen, die zu den behandelten wissenschaftlichen Schwerpunkten führten. Fragen etwa, wie die Berufsperspektiven der Hochschulabsolventen aussehen und wie diese in

der Struktur des tertiären Bereichs und im Studium verarbeitet werden sollen, könnten - so ließe der Vergleich vermuten - ebenso eine Gründungswelle von Zentren auslösen, die sich im Verhältnis von Hochschule und Beruf annähmen.

Die tatsächliche Entwicklung fällt demgegenüber bescheiden aus. Ansätze zur Institutionalisierung scheinen bisher auf Hochschulen beschränkt zu sein, die ihre Konzeption eher als Alternative zur Mehrheit der Hochschulen verstehen. Das Zentrum für Wissenschaft und Berufliche Praxis etwa, das sich an der Universität Bielefeld im Aufbau befindet, geht auf besondere Gründungskonzeptionen zurück. Die Gründung des Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung in Kassel hängt, wie später erläutert wird, mit besonderen Zeichen der Studienreform und Forschungsorganisation dieser Hochschule zusammen. Die spärlichen Ansätze zur Etablierung ähnlicher Zentren sind meines Wissens auf Hochschulen begrenzt, die den Praxisbezug des Studiums besonders betonen. Unter wichtigem Grund dafür, daß Forschung im Bereiche aktueller Hochschulprobleme heute eher vorsichtig institutionalisiert wird, muß man die politische Stimmung nennen. Pessimismus über Wünschbarkeit oder Realisierbarkeit von Reformen hemmt von vornherein die Hoffnung, daß bestehenden Schwierigkeiten abgeholfen werden könnte. Auch wird aus den Erfahrungen der letzten Jahre heute die Möglichkeit ge-

ring eingeschätzt, mit Hilfe von Forschung Leitlinien für praktische Lösungsmöglichkeiten zu finden. Praktische Problemlösungsbedürfnisse schlagen sich nicht mehr so dramatisch wie zuvor in neuen Forschungsakzenten nieder. Ferner sind die Zweifel eher gewachsen, ob die Hochschule durch gesonderte Institutionalisierung ihr Reflexionspotential wesentlich erhöht. Schließlich ist in diesem Zusammenhang zu vermerken, daß für Fragen des Verhältnisses von Hochschule und Beruf die Forschung und wissenschaftliche reflektierte Maßnahmen nicht mehr so sehr in den Anfängen stecken wie etwa wissenschaftliche Fragen der Hochschuldidaktik in der Zeit, als die Hochschuldidaktischen Zentren gegründet wurden. Fragen des Arbeitsmarktes und der Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen sind nicht selten von Forschungsinstitutionen außerhalb der Hochschulen und einschlägigen Fachspezialisten unter Hochschullehrern behandelt worden; auch viele Hochschuldidaktische Zentren und Studienreformversuche befassen sich mit Problemen der Berufsorientierung des Studiums.

Die genannten Gründen für die Zurückhaltung stellen jedoch nicht die Notwendigkeit in Frage, wissenschaftliche Studien dazu in der Hochschule in größerem Umfang zu etablieren. Denn der Zusammenhang von Hochschule und Beruf wird bisher zu wenig systematisch aufgegriffen. Auch wenn man die Leistungsmöglichkeiten

von Forschung und der politischen Reformpotentiale vorsichtig einschätzt, ist eine verbesserte wissenschaftliche Grundlegung praktischer Maßnahmen dringend. Vor allem sind die Hochschulen in Gefahr, diesen Problembereich im Vergleich zu anderen beteiligten Instanzen zu passiv zu behandeln. Daher ist der Erfolg der Gesamthochschule Kassel bemerkenswert, die verschiedenen Barrieren der politischen und organisatorischen Realisierung und der wissenschaftlichen Risikoscheu überwunden zu haben.

Die aufgezeigten veränderten Bedingungen setzen einen solchen Gründungsversuch weitaus mehr, als das früher der Fall war, der Erwartung aus, bereits in der Aufbauphase eine Ortsbestimmung der eigenen Arbeit vorzunehmen: Was sind die Ziele des Zentrums? Welche Themenwahl erscheint am dringlichsten und erfolgversprechendsten? Wie wird das Verhältnis von wissenschaftlicher Klärung und praktischer Veränderung verstanden? Welche Bedeutung hat das Zentrum insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland und speziell in der Hochschule, in der es eingerichtet wird? Wie wirkt sich die Organisation der Arbeit auf deren Erträge aus? - Der vorläufige Diskussionsstand zu diesen Fragen sei im folgenden zusammengefaßt.

2. ZUR PROBLEMATIK DES BERUFSBEZUGES DER HOCHSCHULE

Die Fragen, welche Auswirkungen die wachsende

Zahl von Hochschulabsolventen auf den Arbeitsmarkt und die Berufsrollen haben und wie sich die wandelnden Berufstätigkeiten von Absolventen in der Hochschulstruktur und im Studium niederschlagen (sollen), beherrschen spätestens seit der gewachsenen Arbeitslosigkeitsproblematik um 1973/74 so sehr die hochschulpolitische Diskussion, daß zusätzliche Forschung bereits wegen des aktuellen Problemlösungsdruckes als erforderlich gilt.

Aber wenn man über die aktuelle Besorgnis über Arbeitslosigkeit, Bildung eines "akademischen Proletariats", "inadäquaten Einsatz", "Berufsverbot", "Verdrängung" und andere Versuche, die jeweiligen Befürchtungen auf den Begriff zu bringen, hinausschaut, gibt es einige Anzeichen dafür, daß sich langfristig eine stärkere Reflexion der Hochschulen über die berufsvorbereitenden Aufgaben des Studiums aufdrängt. So scheint man sich heute stärker bewußt zu werden, daß das Studium an deutschen Universitäten bereits seit langem sehr stark berufsvorbereitend orientiert war. Auch wird sich eine zunehmende Verwissenschaftlichung der Berufspraxis in einer deutlicheren Berufsakzentuierung der wissenschaftlichen Bildung niederschlagen. Daneben drängt sich eine stärkere Berufsorientierung dadurch auf, daß das Hochschulwesen - sei es durch die Inkorporierung der früheren Fachschulen, sei es durch die Ausweitung der Studentenzahlen - zunehmend mit Be-

rufsbereichen in Berührung gekommen ist, die früher mit einer direkteren vorberuflichen Vorbereitung rechnen konnten.

Ferner wird für die Hochschulen aus verschiedenen Gründen die Frage wichtiger, ob sie auch die Förderung von Sozialfertigkeiten stärker als Aufgabe der Berufsvorbereitung zu sehen haben. Schließlich geben die Orientierungsschwierigkeiten von Lernenden, die lediglich einen sehr abstrakten Bezug von Bildung und Beruf herstellen können, Anlaß zu vermuten, daß ohne eine gewisse Möglichkeit, die berufliche Zukunft zu antizipieren, unüberbrückbare Identitätsprobleme entstehen.

Angesichts der aktuellen Abstimmungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt und dieser langfristigen Tendenzen kann es nicht überraschen, daß Hochschulplanung und -gesetzgebung auf eine stärkere Verberuflichung der Hochschulbildung hindeuten. Dies steht jedoch in merkwürdigem Kontrast zu Trends und Konzeptionen einer gewissen Entberuflichung - einem weniger berufsorientierten Verständnis der Bildung und insgesamt der Lebensrolle.

Um wiederum einige Beispiele zu nennen: Die wachsenden Schwierigkeiten, Ausbildungsgänge und Berufstätigkeiten quantitativ aufeinander abzustimmen, lassen Bildungskonzeptionen als arbeitsmarktrational erscheinen, nach denen zumindest die vorberufliche Bildung weniger als zuvor unmittelbar berufsvorbereitend orientiert ist.

Auch werden problematische Konsequenzen professioneller Organisation der gesellschaftlichen Arbeit - wie etwa einseitige und zerstückelte Problemlösungen - immer offenkundiger.

Ferner werfen rückläufige Arbeitszeit und wachsende außerberufliche Wirkungsmöglichkeiten die Frage auf, ob der Beruf seine Zentralität für die Bestimmung der Lebensperspektiven behält oder allmählich verliert. Schließlich hat verbreitetes Unbehagen an den gegenwärtigen Problemen das Wunschbild gefördert, die bestehende Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem zu "entkoppeln" - etwa, um Bildung vom Selektionsdruck zu entlasten, die Bildungsinhalte freier gestalten zu können, die Wünsche nach verlängerter Bildung zu bremsen, die Berufserwartungen zu dämpfen oder bei personalpolitischen Entscheidungen weniger auf die Vorbildung einzugehen.

An dieser Stelle ist es nicht möglich, die jeweiligen Tendenzannahmen und Konzeptionen ausführlich zu behandeln. Man kann in der Diskussion zweifellos übertriebene Fixierungen auf die Berufsvorbereitung einerseits beobachten und andererseits den Wunsch, Fragen des Berufs an die Seite zu drängen, um Bildung freier gestalten zu können. Gleichgültig jedoch, wie man die Trends und Konzeptionen einschätzt: Forschung zum Berufsbezug der Hochschule kann sich dieser Ambivalenz von Ver- und Entberuflichungsperspektiven nicht verschließen. Sonst entstünde ein

wissenschaftliches Zentrum zur Verberuflichung der Hochschule.

Für die Berufs- und Hochschulforschung ergeben sich daraus vor allem zwei Folgerungen: Studien über einzelne Aspekte müssen in einen weiteren theoretischen Rahmen und in Perspektiven über einen langfristig zu erwartenden Funktionswandel der Hochschulbildung eingebettet werden, damit sich Teilperspektiven nicht fälschlich zu grundlegenden Aussagen über die Beziehung von Hochschule und Beruf verselbständigen. Ferner sind außerberufliche Aufgaben der Hochschulbildung als eine Teilperspektive des wissenschaftlichen Programms aufzunehmen und in Überlegungen einzubringen, welchen Stellenwert die Berufsrolle für die gesellschaftlichen Teilnahme- und Teilhagemöglichkeiten und für die Lebensperspektiven in Zukunft hat.

3. THEMENBEREICH DES WISSENSCHAFTLICHEN ZENTRUMS

ZUR ABGRENZUNG DES ARBEITSPROGRAMMS

Das Wissenschaftliche Zentrum wird sich mit verschiedenen hochschulrelevanten Problemen des Berufs sowie mit unterschiedlichen Aspekten des Hochschulwesens befassen. Dabei ist beabsichtigt, den Berufsbezug des Studiums durch verschiedene, an diesem Thema orientierte Studien besonders intensiv zu behandeln.

In einer sehr vorläufigen Weise kann man fünf Themenbereiche abgrenzen, zu denen Forschungsprojekte vorgesehen sind:

- Berufs- und Qualifikationsproblematik (z. B. technische Entwicklung und berufliche Anforderungen, Theorie und Qualifikation, zum Stellenwert der Berufsanalyse für die Gestaltung des Studiums),
- strukturelle Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem (Bildungsexpansion und Berufsrollenstruktur, Stellenwert von Zertifikaten, regionale Arbeitsmärkte),
- Hochschulpolitik, -planung und -organisation (z. B. Probleme der Implementation von Planungszielen im Hochschulbereich),
- Studium (z. B. Analyse von Konzeptionen des Berufsbezuges im Studium, Problematik des Messens von Auswirkungen des Studiums, zur Evaluation der Studienreform),
- übergreifende Themen der Berufs- und Hochschulforschung (z. B. Bildungs- und Berufsbiographie, langfristige Tendenzen des Funktionswandels von Hochschulen).

Vorgesehen ist, bei der wissenschaftlichen Arbeit sehr unterschiedliche Vorgehensweisen zu wählen: Dazu gehören insbesondere Auswertungen des gegenwärtigen Forschungszustandes, eigene empirische Studien sowie schließlich Analysen über den Erkenntnisertrag, der bei Reformversuchen in

Hochschule und Beruf gewonnen wurde.

Eine kurze Skizzierung des vorläufigen Arbeitsprogramms greift exemplarisch laufende Projekte, die bereits bei der Gründung in Zentrum eingebracht wurden, konkrete Projektpläne sowie diskutierte Vorschläge über mögliche Forschungsperspektiven auf.

BERUF UND QUALIFIKATIONSPROBLEMATIK

Arbeiten zum Themenbereich "Beruf und Qualifikationsproblematik" gehen z. B. von folgenden Fragestellungen aus: Welche Anhaltspunkte für die Gestaltung des Studiums können aus der Analyse der Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen gewonnen werden? Welche Veränderungen der Berufstätigkeiten lassen technischen Wandel und wirtschaftliche Entwicklung erwarten? Inwieweit wandeln sich Berufsrollen infolge eines wachsenden Angebots an Hochschulabsolventen? Wie wirken sich unterschiedliche Akzentsetzungen des Studiums in der späteren Berufstätigkeit aus? Welchen Stellenwert haben berufliche bzw. weitere Lebensperspektiven für das Verhalten in Studium und Beruf?

So werden in einem Projekt die Auswirkungen der Automation in der Verwaltung auf Berufsrollen von Hochschulabsolventen untersucht. In einer Studie über "Handlungskompetenz von Ingenieuren" steht der Einfluß von beruflichen Handlungsbedingungen, individuellen Qualifikations-

voraussetzungen und Handlungsstrategien auf Karriereverläufe im Vordergrund. Eine zur Evaluation von Aufbaustudiengängen bei Techniklehrern und Wirtschaftslehrern vorgenommene Absolventenstudie ist für die berufliche Entwicklung in den ersten Arbeitsjahren aufschlußreich. In Vorbereitung befindet sich eine Untersuchung, in der zu ausgewählten Bereichen die Vorstellungen über Qualifikationsanforderungen, die jeweils bei Hochschulabsolventen, Betriebsleitungen, Hochschullehrern und Studierenden bestehen, verglichen und mit Ergebnissen von Analysen über Studieninhalte und Berufstätigkeiten konfrontiert werden sollen.

STRUKTURELLE BEZIEHUNGEN VON BILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSSYSTEM

Im Themenbereich der Strukturbeziehungen von Bildungssystem und Beschäftigungssystem sollen vor allem Konsequenzen untersucht werden, die sich in Hochschule und Beruf als Folge des steigenden Anteils von Personen mit Hochschulabschluß an der Erwerbsbevölkerung ergeben. Welche Folgen hat etwa die Übernahme von Hochschulabsolventen in Berufsrollen, die früher von Personen ohne Hochschulabschluß eingenommen wurden? Sind die Berufschancen von Absolventen der Gesamthochschulen und der Fachhochschulen von Besonderheiten ihrer Qualifikation oder eher von einer Rangbewertung der Abschlüsse geprägt? Welche Entwicklungstendenzen ergeben sich im Einfluß der

vorberuflichen Bildungsabschlüsse auf die Berufschancen? Wie wirken Veränderungen des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen auf die Struktur des Hochschulwesens und die Bildungsziele der Studierenden zurück?

In Vorbereitung befinden sich zu diesem Themenkomplex zwei Projekte: Zum einen soll untersucht werden, welchen Stellenwert Bildungszertifikate (Art des vorberuflichen Abschlusses, Noten, Zusatzqualifikationen usw.) bei personalpolitischen Entscheidungen im privaten und öffentlichen Großorganisationen haben. Zum anderen soll an einer Fallstudie die Bedeutung regionaler Arbeitsmärkte für eine Hochschule geklärt werden. Darüber hinaus sind verschiedene Sondierungen über neue Tätigkeitsbereiche von Hochschulabsolventen vorgesehen.

STUDIUM

Im Themenbereich "Studium" - der natürlich, wie die bisherigen Beispiele gezeigt haben, nicht klar abgegrenzt zu den anderen Themenbereichen verstanden wird - ist vor allem vorgesehen, Probleme des Berufsbezuges des Studiums aufzugreifen sowie Probleme einer systematischen Bewertung von Studienreformaßnahmen zu klären. Zum ersten Thema sind unterschiedliche Formen der Zwischenbilanz geplant, welche Konzeptionen zum Berufsbezug des Studiums bestehen und wie diese sich unter dem Eindruck sich

wandelnder politischer Konstellationen, veränderter Arbeitsmarktbedingungen und jeweiliger Erfahrungen an der Hochschule verschoben. Ein erstes Symposium im Zentrum über Probleme des Berufsbezuges des Studiums soll Perspektiven für die Arbeitsplanung in diesem Bereich präzisieren. Vorgesehen ist unter anderem eine Studie über die Auswirkungen von Praxiserfahrungen im Studium auf nachfolgende Lernprozesse und die Einstellungen der Studenten.

Das zweite Thema soll stärker methodisch angegangen werden. Welche Möglichkeiten gibt es zur Analyse der Wirkungen des Studiums bzw. der ausgelösten Veränderungen von Studienreformvorhaben? Dazu wird erwogen, Ansätze zur Evaluation von Modellversuchen und anderen Studienreformvorhaben auszuwerten. Darüber hinaus sollen auch Fallstudien über den Einfluß unterschiedlicher Studienreformprogramme auf die Qualifikation beim Hochschulabschluß durchgeführt werden.

HOCHSCHULPOLITIK, -PLANUNG UND -ORGANISATION

Im Themenbereich der Hochschulpolitik, -planung und -organisation sind vor allem Studien vorgesehen, die sich mit der Umsetzung von Programmen der Studienreform in das Studium befassen. Dazu gehört erstens eine ex-post-Evaluation von bestimmten Programmen: was ist z. B. aus Zielsetzungen, wie die Durchlässigkeit im Hochschulbereich zu er-

höhen, geworden? Was sind die Ursachen für Grenzen der Zielverwirklichung bzw. die Veränderung der Zielsetzung? Dazu gehört zweitens eine Analyse der Konzeptionen über Entscheidungsprozesse, Auswirkungen von Organisationsformen auf Zielerreichung von Programmen u. ä., die in Reformvorhaben eingehen - als Beispiel seien die Programmvorhaben und organisatorischen Regelungen für die Studienreformkommissionen genannt. Drittens gehören dazu Fallstudien über Probleme der Implementation in der Hochschule: Wie etwa wirken sich unterschiedliche Zielvorstellungen der Beteiligten, Erfahrungen über unerwartete Nebenfolgen bei der Realisierung modifizierend auf Programme und Ergebnisse von Reformen aus? Erste Studie zu Theorien und Methoden der Evaluations-, Implementations- und Wirkungsforschung sollen die Grundlage für die Präzisierung eines solchen Arbeitsschwerpunktes abgeben.

Daneben wird erwogen, weitere Themen, wie etwa den mobilitätshemmenden Einfluß länderspezifischer Regelungen auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, zum Gegenstand von Forschungsprojekten zu machen.

ÜBERGREIFENDE THEMEN DER BERUFS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG

Schließlich sind einige Themen zu nennen, die sich schwer in die einzelnen - aus pragmatischen Gründen abgegrenzten - Themenbereiche einordnen lassen.

So wird der Versuch unternommen, eine größere empirische Verlaufsstudie über Studium und Beruf zu realisieren, bei der die Entwicklung von Qualifikationserwerb und -anwendung sowie der Einstellungswandel der Studenten bzw. Absolventen gegenüber Hochschule und Beruf über einen längeren Zeitraum von Studium und Beruf untersucht wird; eine Vorstudie dazu ist im Bereich der Lehrerbildung geplant. Ferner stellt der langfristige Funktionswandel des Hochschulwesens ein Arbeitsthema des Zentrums dar; dabei sind unterschiedliche Vorgehensweisen, wie z. B. Literaturanalysen von Innovationen in Hochschulen anderer Länder, Fallstudien über Programme wie etwa Weiterbildung in der Hochschule, sowie kritische Analysen von Expertenkonzepten über zukünftige Entwicklungen von Bildung und Gesellschaft erforderlich. Schließlich sind in diesem Zusammenhang Studien über Probleme der Forschungslage zu nennen, die den gesamten Themenbereich des Zentrums betreffen: Solche Studien werden kontinuierlich zum Arbeitsprogramm gehören, um Forschungsperspektiven für das Zentrum und darüber hinaus zu entwickeln.

4. BESONDERE AKZENTE DES ARBEITSPROGRAMMS

Zur Beschreibung der Arbeitsperspektiven des Zentrums genügt es nicht, die vorhergesehenen Themen zu skizzieren. Im folgenden seien die besonderen Akzente erläutert, die nach den Vorstellungen der Beteilig-

ten eine Rolle bei der Auswahl und Präzisierung des Projekts spielen sollen. Ein besonderer Akzent - der Beitrag zu Problemlösungen der Gesamthochschule Kassel - wird später gesondert behandelt.

WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN EINER HOCHSCHULBILDUNG, DIE ZUR AKTIVEN GESTALTUNG DER BERUFSROLLE BEFÄHIGT

Die Diskussion über die Aufgaben der Hochschulbildung hat in den letzten Jahren zunehmend vorsichtige, pessimistische und resignative Züge bekommen. Wissenschaftliche Arbeit über diese Probleme, die gerade in der Hochschule angesiedelt wird, um deren Reflexionspotential zur Klärung ihrer eigenen Probleme zu mobilisieren, kann sich nicht einer Tendenz zur Apathie anschließen, ohne Hochschulbildung für bankrott zu erklären. Die Befähigung von Hochschulabsolventen, "unbestimmte" Berufsaufgaben zu gestalten, gegebene Bedingungen nicht für unabänderlich hinzunehmen und das erworbene Wissen zur Umgestaltung der beruflichen Rolle einzubringen, verlieren als Aufgaben der Hochschulbildung nicht dadurch ihren Wert, daß Berufe der Absolventen seltener den Stempel sozialer Exklusivität tragen und manche utopische Vorstellungen von sozialer Veränderung durch Bildung aufgegeben werden.

In diesem Sinne ist "aktive" Qualifizierung die Aufgabe der Hochschulbildung. Forschung über Probleme von Hochschule und Beruf, die

außerhalb der Hochschule angesiedelt ist, kann anderen Zielsetzungen - der Abstimmung des Bildungssystems mit dem gewöhnlich angenommenen "Bedarf", der Reduzierung von Friktionen auf dem Arbeitsmarkt, der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel usw. - primär verpflichtet sein. Demgegenüber erscheint es gerade sinnvoll, Forschung zu diesem Themenbereich in der Hochschule anzusiedeln, damit diejenige Perspektive insgesamt nicht untergeht, die sich die Hochschule in jedem Fall zu stellen hat: Wo unter den gegebenen Bedingungen ihr aktiver Beitrag zur Gestaltung der Berufsrollen liegt.

HOCHSCHULBILDUNG ALS HERAUSFORDERUNG AN SOZIALE UNGLEICHHEIT

Ein wissenschaftliches Zentrum, das sich nicht als geschlossene Organisation versteht, wird immer sehr unterschiedliche Konzeptionen über wünschbare soziale Strukturen inkorporieren. In einer Gesamthochschule ist es jedoch legitim, dabei den Minimalkonsens in der Programmatik dieser Institution aufzugreifen, den Lehrenden die Gelegenheit zu geben, die Möglichkeiten ihrer Qualifikationsentwicklung möglichst weitgehend auszuschöpfen. Eine Aufklärung der wissenschaftlichen Grundlagen für individuelle Entwicklungschancen setzt auch die Bereitschaft voraus, in der Förderung von Befähigungen nicht halt zu machen, wenn dadurch die bestehende soziale Ungleichheit ihre

Selbstverständlichkeit verliert. Dies gilt unabhängig davon, wie man die Grenzen der Entwicklungsbefähigungen durch Bildungsprozesse und des Wandels der Sozialstruktur einschätzt.

AUFKLÄRUNG DER MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN HOCHSCHULPOLITISCHEN UND -PLANERISCHEN HANDELNS

Für ein wissenschaftliches Zentrum, dessen Forschung über Hochschule und Beruf praktische Folgen haben soll, erscheint es unerlässlich, Probleme des hochschulpolitischen Handelns selbst zum Gegenstand der Forschung zu machen. Auf dem gegenwärtigen Stand der Kenntnisse können Probleme der Realisierung jedweder hochschulpolitischer Programme relativ beliebig zu Anlaß genommen werden, die Widerstände vor allem innerhalb oder außerhalb der Hochschule zu suchen, die mangelnde Zielverwirklichung monokausal zu erklären oder auf die Komplexität der Handlungsbedingungen zurückzuführen, über mangelnde Radikalität oder mangelnde Kompromißbereitschaft der Programme zu klagen. Wenn Reformen weniger an interessanten Programmen als zielgerechter Planung, Problemen der Umsetzung usw. scheitern, ist es wichtig, solche Umsetzungsprobleme wissenschaftlich zu analysieren. Ansonsten wären angesichts dieser Erfahrungen die Aussagen, daß etwa die Forschung über den Berufsbezug des Studiums praxisrelevant sein soll, ein unverbindliches Lippenbekenntnis.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DER BEZIEHUNG VON HOCHSCHULE UND BERUF

Eine besondere Aufgabe des wissenschaftlichen Zentrums liegt darin, langfristige Perspektiven für die Funktion der Hochschule generell wie für die beruflichen Perspektiven ihrer Studenten im besonderen zu sondieren. Die gegenwärtige politische Diskussion sucht die Zukunft primär mit Vermeidungsstrategien zu gestalten - Verringerung der Erwartungen, Eingrenzung der Friktionen auf dem Arbeitsmarkt, Verhinderung von langfristigen Überkapazitäten -; deshalb zeichnen sich die meisten Aussagen, wie das Verhältnis von Studium und Beruf aussehen mag, wenn der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß doppelt so hoch ist wie heute, vor allem durch Phantasielosigkeit aus. Die befürchteten Probleme für die Zukunft der Hochschulabsolventen mögen sich gerade auf dem Wege einer sich selbst erfüllenden Prophezie einstellen, wenn die Beteiligten weiterhin so perspektivlos auf diese Veränderungen zusteuern. Auch mögen die Annahmen von langfristigen Überkapazitäten der Hochschulen sich gerade dann bewahrheiten, wenn die Hochschulen selbst die Frage nach sinnvollen Formen der Funktionserweiterung kaum aufwerfen.

Zweifellos kann die Sondierung langfristiger Perspektiven nur eine von vielen Aktivitäten sein, denn

andernfalls wäre das Zentrum in der Gefahr, die möglichen Leistungen systematischer wissenschaftlicher Arbeit leicht einem Problemlösungsdruck zu opfern; ohne solche Sondierungen über Alternativen der Hochschulfunktionen und grundlegende Veränderungen beruflicher Praxis jedoch bliebe die Forschung zu sehr den aktuellen Problemen verhaftet.

INTERNATIONALER VERGLEICH

Als ein wichtiger Weg zur Erweiterung der wissenschaftlichen Perspektiven soll dem internationalen Vergleich in dem Zentrum besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Verschiedene Akzente des Berufsbezuges im Studium, neue Aufgabenbereiche für Absolventen in Ländern stellen manche Selbstverständlichkeiten bei uns in Frage. Auch können unterschiedliche Lösungen zur Entwicklung eines differenzierten Hochschulbereichs zur Klärung der Gesamthochschulprobleme von Bedeutung sein. Möglicherweise kann der internationale Vergleich auch die Erträge von Gestaltungsversuchen der Hochschulstruktur und des Studiums stärker international bewußt machen. Die Entwicklung von Gesamthochschulen etwa ist angesichts der internationalen Ansätze zur Differenzierung der Hochschulstruktur und der verbreiteten Identitätskrise von Institutionen, die nicht das höchste traditionelle Prestige genießen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. So werden in dem Wissen-

schaftlichen Zentrum internationale Perspektiven in mehreren Projekten aufgenommen. Ferner sollen verschiedene Formen internationaler Kontakte von Wissenschaftlern in diesem Bereich gefördert werden.

Schließlich besteht die Absicht, jederzeit zumindest ein international vergleichendes Projekt vorzusehen.

PRAXISRELEVANTE FORSCHUNG, ABER KEINE UNMITTELBARE BE- TEILIGUNG AN PRAKTISCHEN LÖSUNGEN

In der Vorbereitungsphase des Zentrums wurde ausgiebig die Frage diskutiert, welches Verhältnis von Forschung und praktischer Problemlösung angestrebt wird. Als Ergebnis dieser Diskussionen soll der Versuch unternommen werden, bei der Auswahl und Präzisierung der Projekte praktischen Problemlösungsbedürfnissen einen hohen Stellenwert einzuräumen, aber selbst nicht unmittelbar Lösungen für die Praxis zu entwickeln.

Durch unterschiedliche institutionelle Verschränkungen sitzt die praktische Problemlösung dem Zentrum sozusagen im Nacken; jedoch wird nicht es als explizite Aufgabe angesehen, unmittelbar praktische Lösungen zu erarbeiten.

Die Versuche in den letzten zwei Jahrzehnten, sozialwissenschaftliche Forschung für praktische Problemlösungsaufgaben zu institutionalisieren, haben zwischen völlig freier Grundlagenforschung und wissenschaft-

lich angereicherten Problemversuchen alle Schattierungen durchlaufen. Die Erfahrungen kann man dahingehend zusammenfassen, daß der Stellenwert von Erkenntnisinteressen für Erträge der Forschung stärker bewußt geworden ist, daß der Beitrag von Forschung zu unmittelbaren Problemlösungen eher vorsichtig eingeschätzt wird, daß Forschung ohne Praxisperspektiven gewöhnlich wenig zu praktischen Problemlösungen beiträgt und daß der Zwang zu Problemlösungen der Forschung oft von vornherein den Atem für ein grundlegendes Problemverständnis nimmt. Daher liegt unseres Erachtens die oben skizzierte Orientierung als erfolgversprechendste nahe.

Für die laufende Arbeit des Zentrums bedeutet das: Die Beteiligung der Mitglieder an verschiedenen praktischen Aufgaben der Hochschule wird als produktives Element für die wissenschaftliche Arbeit empfunden, ohne daß diese solchen Aufgaben untergeordnet würde. Probleme der eigenen Hochschule werden eher indirekt, in einem erweiterten Problemhorizont aufgenommen. Auftragsforschung mit praktischen Zielperspektiven soll übernommen werden - nicht jedoch in einem Maße, daß sie das Arbeitsprogramm überwiegend bestimmt. Unterschiedliche Formen praktischer Problemlösungsversuche bei zentralen Forschungsthemen werden selbst als Gegenstand der wissenschaftli-

chen Projekte möglichst häufig einbezogen.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHER DIALOG

Ein Wissenschaftliches Zentrum, das den Angehörigen einer Hochschule zur Beteiligung an der Forschung offen steht, wird Wert darauf legen, sich keiner spezifischen gesellschaftspolitischen Position zu verpflichten. Wichtige wissenschaftliche Grundlagen für praktische Entscheidungen wird ein solches Zentrum aber auch nicht erreichen, wenn es alle seine Angehörigen zu politischer Farblosigkeit ermuntert. Als eine sinnvollere Lösung erscheint uns der Versuch, wissenschaftliche Probleme in einem aktiven Dialog mit unterschiedlichen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen aufzunehmen.

Um dazu nur einige Beispiele aus den ersten Diskussionen über Projektpläne zu nennen: Staatliche Instanzen sollen durch die Analyse des Handlungs- und Entscheidungsverständnisses, das der Aufgabenstellung und Arbeitsweise von Studienreformkommissionen zugrunde liegt, in die Diskussion einbezogen werden. Arbeitgeber sollen durch eine Untersuchung über den Stellenwert von Zertifikaten bei Rekrutierung und Personalpolitik angesprochen werden, Gewerkschaften über die Problematik des Zusammenhanges von bildungsmeritokratischen Zügen unserer Gesellschaft und Arbeitnehmerinteressen.

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER FRAGMENTARISIERUNG DER BERUFS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG

Ein Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung als offene Institution für die Angehörigen der Hochschule ist darauf angelegt, traditionelle Brüche in seinem Forschungsbereich zu konterkarieren. Solche Brüche bestehen bisher zwischen Berufsforschung und Hochschulforschung, zwischen der Analyse von Strukturentwicklungen einerseits und von Inhalten (Lernprozessen, Curricula, Berufstätigkeit) andererseits und schliesslich zwischen den Qualifizierungsleistungen und anderen Funktionen der Hochschule. Schwer fällt in diesem Themenbereich ebenfalls die Vermittlung von Untersuchungsansätzen, die jeweils auf den Ansätzen der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen beruhen. Interdisziplinäre Forschung wiederum ist oft in Gefahr, in den Bemühungen um eine objektbezogene Kooperation die Systematik und theoretische Perspektive aus den Augen zu verlieren. Die große Mischung unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualifikationen, die sich bei den beteiligten Wissenschaftlern bereits im Augenblick der Gründung des Zentrums ergibt, eröffnet jedoch zumindest die Chance, die Einseitigkeit der jeweiligen disziplinären Bindungen bei allen Projekten herauszufordern. Das attraktivste Angebot, das das Zentrum den Hochschulangehörigen bieten kann, wenn sie Fragen der Hochschule und des Berufs bearbeiten wollen,

ist die Vielfalt der unterschiedlichen Erfahrungen, die die Angehörigen des Zentrums bereit sind, in alle Projekte einzubringen.

FORSCHUNG - ZWISCHENBILANZEN - INFORMATION

In der Arbeitsplanung des Zentrums ist beabsichtigt, der Aufgabe des Informationsaustausches große Bedeutung beizumessen. Dies erscheint uns angesichts des großen Informationsbedarfes nicht zuletzt deshalb erforderlich, weil man nicht damit rechnen kann, daß zu diesem Themenbereich Zentren in großer Zahl entstehen werden. Zwischenbilanzen des Forschungsstandes - sei es in der Form von Symposien, Sammelbänden, Trend-Reports über die Forschung, Bibliographien - können Anstöße zu besseren Forschungsansätzen und zur Verarbeitung der wissenschaftlichen Erträge in Hochschule und Beruf geben. Zwischenbilanzen über Ergebnisse praktischer Veränderungsbemühungen haben sowohl zur Erweiterung wissenschaftlicher Kenntnisse als auch zum Anstoß neuer Forschungs- und Praxisperspektiven eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die Personal- und Finanzmittel des Zentrums sind zu begrenzt, um die Aufgaben eines Clearinghouse in großem Stil zu übernehmen; der Informationsaustausch soll jedoch eine große Rolle in der laufenden Arbeit spielen.

5. DAS WISSENSCHAFTLICHE ZENTRUM UND DIE GESAMTHOCHSCHULE KASSEL

AUFGABEN DES ZENTRUMS FÜR DIE HOCHSCHULE

Mit der Gründung eines Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung wurden an der Gesamthochschule Kassel zwei Zielsetzungen verfolgt: Eine kontinuierliche wissenschaftliche Reflexion über praktische Probleme der Hochschule zu sichern und Forschungs Kooperation in der Hochschule zu systematisieren.

Unter den praktischen Aufgaben gelten die Entwicklung neuer Studiengänge und andere Maßnahmen zur Studienreform als diejenigen, die mit besonderer Intensität an der Hochschule betrieben werden und vor allem der Anregung durch wissenschaftliche Studien bedürfen. Darin spielen Fragen der Praxisorientierung des Studiums selbstverständlich eine große Rolle. Modellversuche und Curriculararbeitsgruppen haben bisher solche Themen bearbeitet; es scheint jedoch offenkundig, daß eine dauerhafte Institutionalisierung und eine gewisse Distanz zu den jeweils aktuellen Problemlösungsaufgaben erforderlich ist, um wissenschaftliche Grundlagen für praktische Aufgaben bereitstellen zu können.

Zugleich bestand die Absicht, im letzten Schritt zum Aufbau der Gesamthochschule wissenschaftliche Einrichtungen und andere wissenschaftliche Kooperationsformen zu etablieren.

Vier besondere Akzente liegen der Gründung von wissenschaftlichen Zentren zugrunde: Eine gewisse Konzentration von Forschungsmitteln auf solche Zentren setzt die Gesamthochschule, die über weniger Forschungsmittel als traditionelle wissenschaftliche Hochschulen verfügt, leichter in den Stand, anspruchsvolle Forschung zu fördern. Eine innovationsorientierte Hochschule bemüht sich, auch neuartige wissenschaftliche Schwerpunkte zu setzen. Die Gesamthochschule Kassel kann in der Forschung vor allem dann Akzente setzen, wenn sie wissenschaftliche Aufgaben aufgreift, die besonders der Kooperation von Wissenschaftlern mit unterschiedlichen wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungshintergründen bedürfen.

Schließlich sollen die Zentren dazu beitragen, die Unterschiede in den Forschungsmöglichkeiten für Universitäts- und Fachhochschulprofessoren zu überbrücken.

Die genannten Aufgaben für die Gesamthochschule machen drei grundlegende Klärungen erforderlich: In welchem Maße soll die Gesamthochschule Kassel Gegenstand der Forschung des Zentrums sein? In welchem Verhältnis steht die Forschung zu den praktischen Problemlösungsaufgaben der Gesamthochschule? Wie wird das Zentrum in die Hochschule institutionell eingebettet?

GESAMTHOCHSCHULE ALS EXEMPLARISCHER UND MITTELBARER GEGENSTAND

Das Wissenschaftliche Zentrum wird sich in seiner laufenden Forschungsarbeit nicht unmittelbar auf die Gesamthochschule Kassel konzentrieren, deren Problemlösungsaufgaben jedoch exemplarisch und mittelbar aufnehmen. Eine solche Orientierung gegenüber der eigenen Hochschule als Gegenstand der Forschung wurde vor allem aus folgenden Gründen gewählt:

1. Da es keine vergleichbaren wissenschaftlichen Einheiten in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die sich primär auf das Verhältnis von Hochschule und Beruf konzentrieren und die in den Hochschulen angesiedelt sind, hat das Zentrum in jedem Falle eine wissenschaftliche Aufgabe, die über die eigene Hochschule hinausgeht.
2. Wenn das Zentrum sich in seiner Forschungsplanung an Problemen, die das Hochschulwesen in der Bundesrepublik insgesamt betreffen, orientiert, so besteht nicht die Gefahr, daß die Probleme von Kassel zu kurz kommen. Die wichtigsten allgemeinen Themen der Berufs- und Hochschulforschung sind zugleich relevant für die spezifischen Akzente der Gesamthochschule Kassel.
3. Eine sehr enge Bindung an die Kasseler Probleme, um unmittelbar die Erfolge

und Mißerfolge dieser Hochschule zu bewerten und Veränderungen vorzuschlagen, wäre problematisch. Die Komplexität des Versuchs ist ohnehin zu groß, um wissenschaftlich stringent seine Über- oder Unterlegenheiten gegenüber anderen Hochschultypen evaluieren zu können. Die Konzentration der Forschung auf eine einzelne Hochschule könnte unübersehbare Legitimationsprobleme aufwerfen, die sich im Unterlassen kritischer Projektpläne, in der Kooperationsverweigerung durch untersuchte Bereiche oder im Verschweigen von Untersuchungsergebnissen niederschlagen würden. Zugleich kann sich die wissenschaftliche Arbeit für Kassel weitaus ertragreicher entwickeln, wenn die Vorhaben von Kassel mit anderen Vorhaben systematisch verglichen oder wenn völlig neue Perspektiven aufgeworfen werden.

4. Eine Gefahr, daß die spezifischen Probleme dieser Hochschule untergehen könnten, ist bereits dadurch eingegrenzt, daß die Forschungsprojekte im Zentrum vor allem aus der Hochschule heraus angebahnt werden und daß sich die Hochschule als ein leicht zugängliches Untersuchungsfeld anbietet. Institutionell wird eher Vorsorge zu treffen sein, daß übergreifende Perspektiven hinreichendes Gewicht haben.

ERARBEITUNG WISSENSCHAFTLICHER GRUNDLAGEN FÜR PRAKTISCHE AUFGABEN

Das Wissenschaftliche Zentrum versteht sich, wie

bereits behandelt, als ein Forschungszentrum, das in seiner Themenwahl und in der Anlage der Studien den Fragen der Praxisrelevanz großen Stellenwert einräumt, jedoch selbst nicht praktische Lösungen entwickelt. Dies gilt auch und insbesondere gegenüber den speziellen Problemen der Gesamthochschule Kassel. Auf der einen Seite sichert die institutionelle Einbindung und die personelle Zusammensetzung der Angehörigen des Zentrums, daß Problemlösungsperspektiven nicht zu kurz kommen, auf der anderen Seite können praktische Lösungen von vornherein nur bedingt vom Zentrum bestimmt und auch wissenschaftlich begründet werden; daneben entstünde ein Aktualitätsdruck, der nur zu wissenschaftlicher Kurzatmigkeit führen würde.

Dies hat die Folge, daß z. B. Modellversuche nicht, wie ursprünglich einmal erwogen, in das Zentrum integriert werden. Auch Erwartungen wie die, daß Curriculumarbeitsgruppen, projektorientiertes Studium u. ä. im Rahmen des Zentrums koordiniert werden, lassen sich nicht erfüllen; die Forschung wird jedoch so angelegt, daß sie grundlegender Erträge für diese Aufgaben verspricht.

EIGENSTÄNDIGKEIT DES ZENTRUMS UND EINBETTUNG IN DIE HOCHSCHULE

Die Vorstellung über Forschungsobjekt und Bezug von Forschung und Praxis haben sich auch in den organisatorischen Beziehungen des Wissenschaftlichen

Zentrums zur Gesamthochschule Kassel niedergeschlagen.

Als "Normalverfahren" der Forschungsinitiierung ist vorgeschlagen, daß die Angehörigen der Hochschule ihre Arbeitsthemen und ihre Arbeitszeit in das Zentrum einbringen. Zugleich hat das Zentrum weitere Möglichkeiten zu programmatischen Initiativen, indem es Forschung auf der Basis des festgeschäftigten Personals betreibt, drittfinanzierte Projekte vorschlägt und die Angehörigen der Hochschule motiviert, bestimmte Forschungsfragen aufzunehmen.

In der gegebenen Konstellation sind vor allem solche Hochschulangehörigen an der Arbeit im Zentrum interessiert, die in praktische Problemlösungsaufgaben eingebunden sind. Regelmäßige Kommunikationsformen im Zentrum sollen zugleich sichern, daß der Problemlösungsdruck weitere wissenschaftliche Perspektiven nicht erstickt und oft übergreifende Untersuchungsgegenstände gewählt werden.

Die Selbstverwaltungsgremien der Gesamthochschule haben auf die Arbeit des Zentrums unter anderem dadurch unmittelbaren Einfluß, daß sie die Personalstellenzuweisung und jährliche Mittelzuweisung beschließen müssen, daß der Forschungsausschuß eine schlichtende Instanz für Konflikte zwischen den Organisationseinheiten der Hochschule, den einzelnen Hochschullehrern auf der einen Seite und dem Zentrum auf der anderen Seite sowie bei zentrumsinterner

Entscheidungsunfähigkeit darstellt und daß die Fortexistenz des Zentrums nach vier Jahren gutgeheißen werden muß. Forschungsplanung, Entscheidung über einzelne Projekte, Arbeitsorganisation und Mittelvergabe erfolgt jedoch innerhalb des Zentrums. Zugleich wird ein Sachverständigenbeirat von überwiegend hochschulexternen Mitgliedern gebildet, der sicherlich hochschulübergreifende Perspektiven und die wissenschaftliche Qualität beachten wird.

Insgesamt gesehen, erscheint die Gefahr gering, daß damit die Reflexion über Probleme der Hochschule ausgelagert und Problemlösungen für die Hochschule zentralisiert werden. Auch ist dem Zentrum institutionell die Möglichkeit zugestanden, über den Aktualitätsdruck hinauszugelangen. Zugleich erscheinen die institutionellen Absicherungen gegenüber einer "Abschottung" des Zentrums als ausreichend.

6. ZUM AUFBAU UND ZUR ORGANISATION DES WISSENSCHAFTLICHEN ZENTRUMS

Die Vorstellung, Forschung über das Verhältnis von Studium und Beruf zu institutionalisieren, spielte seit der Gründung der Gesamthochschule eine Rolle; sie wurde mit dem Amtsbeginn des derzeitigen Gründungspräsidenten, E. v. Weizsäcker, konkretisiert. Seit 1976 war durch den Gründungsbeirat bzw. Erlaß des Hessischen Kultusministeriums eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Zentrums tätig; ihr

gehörten die Hochschul-
lehrer H. Brinckmann,
U. Heine, K. Heipcke und
A. Lipsmeier, die wissen-
schaftlichen Mitarbeiter
M. Behm-Taxis, A. Neusel
und H. Winkler sowie
als weitere Mitarbeiter
S. Quadflieg und M.
Siebert-Überschär an, die
auch nach der offiziellen
Gründung im Zentrum
tätig sind. Ein Experten-
kolloquium im April 1976
half, die Zielsetzungen
des Zentrums zu präzisieren.
(Über das Symposium bzw.
die Aufbauphase informieren
die ersten beiden Materialien-
bände des Zentrums.) Das
Berufungsverfahren für eine
H 4-Professur konnte im
Frühjahr 1978 erfolgreich
abgeschlossen werden. Nach
Einrichtungserlaß und Ge-
nehmigung des Statuts durch
das Hessische Kultusministe-
rium kann das Wissenschaft-
liche Zentrum für Berufs-
und Hochschulforschung im
Juni 1978 offiziell seine
Arbeit aufnehmen.

Im Mittelpunkt der Arbeit
des Zentrums und ent-
sprechender organisatorischer
Regelungen stehen die
Forschungsprojekte des Zen-
trums. Diese können durch
Angehörige der Hochschule
oder Mitgliedern des Zentrums
initiiert werden; einige
werden durch Drittmittel
finanziert. Daneben werden
Arbeitsstellen gebildet,
um über zentrale Themenbe-
reiche der Berufs- und Hoch-
schulentwicklung regel-
mäßig die Forschungsentwick-
lung zu beobachten und in
Kolloquien und Informations-
materialien aufzugreifen.
Im Zentrum besteht eine
Dokumentation zur Unterstüt-
zung dieser Arbeitsaufgaben.

Mitglieder des Wissenschaft-
lichen Zentrums sind Hoch-
schullehrer, die bereit
sind, einen größeren Teil
ihrer Forschungsaktivitäten
in das Zentrum einzubringen,
ferner wissenschaftliche
Mitarbeiter und Verwaltungs-
angestellte, die dem
Zentrum zugeordnet sind,
sowie weitere wissenschaft-
liche und studentische Mit-
arbeiter, die in gewissem
zeitlichem Umfang im
Zentrum tätig sind. Über
die Mitgliedschaft be-
schließt das Direktorium.

Dem Direktorium gehören
die Hochschullehrer, die
Mitglieder des Zentrums
sind, sowie gewählte Ver-
treter der wissenschaft-
lichen Bediensteten,
sonstigen Bediensteten
und Studenten an. Es ist
für die wichtigsten Auf-
gaben der Forschungspro-
grammatik und -organisation
zuständig. Der vom Direk-
torium für ein Jahr ge-
wählte Geschäftsführende
Direktor ist für die
Außenvertretung und die
laufenden Geschäfte zu-
ständig; ferner hat er
besondere Personalent-
scheidungsrechte und
Einspruchsrechte gegen-
über Beschlüssen des
Direktoriums. Die organi-
satorische Verknüpfung
von Zentrum und Hochschule
ist nach § 27 des Hessischen
Universitätsgesetzes ge-
regelt.

Weitere Fragen der internen
Organisation, der Infor-
mationsaktivitäten, der
Erweiterung von Kooperations-
beziehungen innerhalb und
außerhalb der Hochschule,
der Vorbereitung dritt-
finanzierter Projekte usw.

werden in den ersten Monaten nach der Gründung des Zentrums geklärt. Auch der Sachverständigenbeirat wird in diesem Zeitraum vom Gründungspräsidenten gebildet. Die Arbeitsplanung geht davon aus, daß dem Zentrum im Rahmen des Hochschulhaushalts jährlich etwa 100.000,— DM für Hilfskräfte, Forschungsausgaben, Dokumentation, Symposien und Gäste sowie laufende Geschäftsausgaben zur Verfügung stehen. Zwei weitere Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sind für 1979 vorgesehen. Erste Verträge bzw. Außenverhandlungen sowie Gespräche mit anderen Hochschulangehörigen lassen erwarten, daß nach Abschluß der weiteren Aufbauarbeiten etwa 20 wissenschaftlich qualifizierte Mitglieder dem Zentrum angehören werden.

Der Gründungsbeirat bzw. Konvent der Gesamthochschule Kassel hat nach vier Jahren die Aufgabe, über Fortschritt oder Auflösung des Zentrums zu beschließen. In dreijährigem Turnus fällt ihm diese Aufgabe für die weitere Zukunft zu.

7. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Entwicklung des wissenschaftlichen Zentrums ist in vielfältiger Weise auf die Unterstützung von außen angewiesen. Von Seiten der Gesamthochschule Kassel sind die Bereitschaft zur Mitarbeit, zur Sicherung einer personellen und finanziellen Ausstattung, die Entwicklungschancen des Zentrums verspricht,

ferner die Öffnung der Hochschule als Forschungsfeld und schließlich kritische Anregungen erforderlich. Außerhalb der Hochschule wird die Zusammenarbeit mit anderen Forschungsinstitutionen bzw. Wissenschaftlern, mit staatlichen Instanzen und gesellschaftlichen Gruppen gesucht, um dadurch das Forschungsprogramm anzuregen, gemeinsame Projekte zu unternehmen, die finanzielle Förderung zu sichern, das Zentrum mit Dokumentationsmaterialien auszustatten und Forschungsfelder zu eröffnen. Ohne eine große Kooperationsbereitschaft von außen kann eine ertragreiche Entwicklung des Zentrums nicht erreicht werden.

Die Vorbereitungsphase des Zentrums hat gezeigt, daß der Problemlösungsdruck, der auf dem Themenbereich des Zentrums zur Zeit lastet und in absehbarer Zeit lasten wird, eher dazu angetan ist, das Wissenschaftliche Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung mit großen sich gegenseitig ausschließenden Erwartungen zu überfrachten. Das Zentrum wird sicher eher höheren Erwartungen genügen können, wenn vorausgesetzt werden kann, daß es nicht unter unrealistischen wissenschaftlichen Ansprüchen und politischen Problemlösungsleistungen zu stehen hat, und wenn die Produktion unbequemer Ergebnisse als genuine Aufgabe des Zentrums akzeptiert wird.

Ulrich Teichler